

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelapptene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 300z.

Die Abgrenzung unfres Verbandsgebiets.

III.

Der Verband der Fabrikarbeiter nimmt im Rahmen der freien Gewerkschaften eine Sonderstellung ein: er ist weder ein Berufs- noch ein Industrieverband. Trotzdem oder gerade deswegen wird er von allen Streitigkeiten um die Abgrenzung der Agitationsgebiete, namentlich aber von der Umwandlung der Berufs- zu Industrieverbänden, außerordentlich nahe berührt. Unser Verband war bei seiner Gründung, und noch lange Jahre später, die Organisation für die ungelerten Arbeiter der Industrie überhaupt. Die einzige Organisation, die schon im Anfang der neunziger Jahre auf die Gewinnung auch der ungelerten Arbeiter Zeit und Geld verwandte, war (abgesehen natürlich von Organisationen mit ausschließlich oder überwiegend ungelerten Arbeitern bestimmter Berufe, wie Bauarbeiter und Textilarbeiter) der Metallarbeiterverband. Aber selbst der hat die Ausbreitung unfres Verbandes in der Metallindustrie nicht nur geduldet, sondern an manchen Orten direkt und indirekt gefördert. Andere Berufsorganisationen überwiesen uns direkt ihre Hilfsarbeiter, ja sie boten uns materielle Hilfe zur Gewinnung dieser Hilfsarbeiter an. Es ist noch gar nicht sehr lange her, daß eine Organisation, die uns heute die Hilfsarbeiter streitig macht, die Gewerkschaftsarbeit gegen uns mobilisierte, weil unser Verband sich weigerte, eben diese Hilfsarbeiter aufzunehmen. So hat unser Verband in den verschiedensten Industriezweigen Pionierarbeit geleistet, er hat mit Eifer und Erfolg Arbeiterschichten in die Organisation einbezogen, die andern Organisationen teils infolge des früher allgemein vorhandenen Berufsdünkels der gelernten Arbeiter, teils auch aus andern Gründen, nicht zugänglich waren.

In demselben Maße, in dem die im ersten Artikel skizzierten Faktoren die organisatorische Zusammenfassung der gelernten und ungelerten Arbeiter notwendig machen, wird nicht nur unser Verbandsgebiet eingengt, sondern auch unser Organisationsstand angegriffen. Die vermehrte Wertschätzung der ungelerten Arbeiter durch die Organisationen äußert sich nicht ausschließlich, oft nicht einmal in erster Linie in dem Versuch, die noch unorganisierten zu gewinnen, sondern oft in dem Bestreben, die im Fabrikarbeiterverband organisierten herüberzuholen. Das Bedrückendste bei der ganzen Sache ist, daß dieselben Organisationen, die früher die ungelerten Arbeiter an unsern Verband verwiesen oder gar achtlos links liegen ließen, heute ein bitterböses Geschrei anstimmen: „der böse Fabrikarbeiterverband, der „in allen Wässern fisch“, der „eine strupellose Agitation betreibt“ usw. usw. Wenn diese tapferen Grenzüngler die Entwicklung unfres Verbandes oder auch nur die Geschichte ihrer eigenen Organisation kennen und beachten würden, so wäre das einem sachlichen Austrag bestehender Differenzen sehr dienlich.

Wie sollen wir uns nun zu den fortwährenden Angriffen auf unser Agitationsgebiet verhalten? Alle Ansprüche ablehnen? Das wäre eine Taktik, die zwar klar und leicht formuliert, damit aber noch lange nicht richtig ist. Gewiß wird die Ausbreitungsmöglichkeit unfres Verbandes durch Abtrennung einzelner Gebiete eingeschränkt, aber die Organisation ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Wir haben demnach bei keiner Maßnahme zu fragen, wie wirkt sie auf die Organisation, sondern immer nur, wie wirkt sie auf den Zweck, den die Organisation verfolgt. Wenn wir bei einer Beratung über Grenzregulierungen die Überzeugung gewinnen, daß die Interessen der einen oder andern Kategorie von Mitgliedern unfres Verbandes in einer andern Organisation besser gewahrt werden, so ist es unsere Pflicht, einer Abtrennung zuzustimmen. Aus diesen Erwägungen heraus verzichten wir auf die ungelerten Arbeiter in der Metallindustrie, im Baugewerbe usw. Auch die Abtrennung der Landarbeiter ist nur aus solchen Erwägungen erfolgt. In andern Fällen haben unsere Verbandsinstanzen sich gegen Expansionsbestrebungen andrer Verbände wehren müssen. So z. B. gegen das Verlangen der Porzellanarbeiter, ihnen die ungelerten Arbeiter der Steingutindustrie zu überweisen. Die Steingutfabriken bilden gewissermaßen die Brücke von der Grobkeramik (Ziegeleien, Tonröhrenfabriken usw.) für die der Fabrikarbeiterverband zuständig ist, zur Feinkeramik, dem Agitationsgebiet der Porzellanarbeiter. Sie beschäftigen überdies in der Hauptfache ungelerte Arbeiter. Daß wir ein solches Grenzgebiet nicht einfach abtreten, ist erklärlich. Wir verzichten jedoch keineswegs, daß es ein wenig glücklicher Zustand ist, wenn die Organisationsgrenze durch den Betrieb gezogen wird. Dem ließe sich jedoch leicht abhelfen, wenn die Porzellanarbeiter auf die paar Tausend gelernter Arbeiter in Steingutfabriken verzichten würden. Bieleicht läßt sich eine feste Grenze finden, wenn erst einmal die drei keramischen Verbände zu einem Industrieverband verschmolzen sind.

So wenig wir also die Abtrennung irgendeiner Gruppe grundsätzlich ablehnen, so wenig sind wir geneigt, alle Eingriffe hinzunehmen, unsere Grenzen von andern Gewerkschaften willkürlich bestimmen zu lassen. Unser Verband ist gewiß nicht gewillt, organisatorische Neu- oder Umbildungen, die sich aus den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben, zu hemmen, aber er muß fordern, daß überall mit gleichem Maße gemessen wird, er muß sich wehren gegen die Versuche, allgemeine Grundsätze zu beachten, solange sie gegen uns geltend werden können, sie aber zu vergessen, sobald sie uns nützen würden.

Diese Andeutung führt zurück auf das Kapitel der Industrieverbände, und zwar auf die Frage: Was ist ein Industrieverband? Wir gebrauchen in der gewerkschaftlichen Praxis, in Resolutionen und Beschlüssen, auf Kongressen und in Konferenzen den Begriff „Industrieverband“ sehr häufig. Der Vorstellungsinhalt, der damit verbunden wird, hat jedoch durchaus nicht immer dieselben Grenzen. Streng genommen haben wir in Deutschland gar keinen Industrieverband. In der Metallindustrie finden wir neben dem Metallarbeiterverband noch die Verbände der Schmiede, der Kupferschmiede, der Holzarbeiter, der Maler, der Maschinisten u. a. als anerkannt zuzuständige Organisationen vertreten. In der Holzindustrie, in der Textilindustrie, im Bergbau, kurz überall, wo sogenannte Industrieverbände schon bestehen, steht es ebenso. Überall haben bestimmte Verbände gelernter Berufe ihre Selbständigkeit gewahrt. Ja sogar eine Organisation ungelerner Arbeiter, der Verband der Handels- und Transportarbeiter, hat hier und dort neben den sogenannten Industrieverbänden seine Zuständigkeit mit Erfolg behauptet. Daß diese Verbände das Prinzip der Industrieorganisation durchbrechen konnten, erklärt sich zunächst durch die Tatsache, daß die Arbeiter, die sie vertreten, mit dem eigentlichen Produktionsprozess weniger eng zusammenhängen. Sie sind, wie der eigens dafür geschaffene, aber wenig treffende Ausdruck lautet, „betriebsfremde Arbeiter“. Diese betriebsfremden Arbeiter können, richtiger sollen ihren Berufsorganisationen auch dann zugeführt werden, wenn sie in Betrieben arbeiten, für die eine Industrieorganisation oder, nach der Terminologie der Hamburger Grenzstreit-Resolution, ein „großer, leistungsfähiger Verband“ zuständig ist. Der vierte Absatz dieser Resolution sagt:

„Die darunter in Betrieben fremder Berufe beschäftigten Arbeiter sind der Organisation ihres Berufes zuzuführen.“

Ohne Frage wird mit dieser Bestimmung die Durchbrechung des Prinzips der Industrieorganisation von der höchsten Instanz der Gewerkschaften nicht nur gebilligt, sondern direkt gefordert. Der Grundsatz der Industrieverbände wird damit eigentlich auf die Eingliederung der nichtberuflichen, also der ungelerten Arbeiter reduziert. Die Inkonsistenz der Resolution, die einleitend die Entwicklung zu großen Verbänden (Industrieverbänden) konstatiert und in diese Entwicklung nicht eingreifen will, hinterher aber die Berufsorganisation als unantastbare Form proklamiert, liegt auf der Hand. Weniger klar liegen die Gründe. Oben wurde schon erwähnt, daß die Berufsarbeiter in manchen Industriezweigen nicht im eigentlichen Produktionsprozess beschäftigt sind. So die Maurer, die Reparaturschlosser, die Böttcher (in Zementfabriken, Margarinefabriken, Brauereien usw.) usw. Diese Stellung außerhalb der eigentlichen Produktion kann erklären, daß seither noch nicht mit größerem Nachdruck auf die Eingliederung dieser Arbeiter in die Organisation der Produktionsarbeiter hingearbeitet wurde, aber sie bildet kein Moment, das die ausbrüchliche Herausnahme durch Kongressbeschluss rechtfertigt. Ueberdies stehen nicht alle Berufsarbeiter in allen Industriezweigen außerhalb der eigentlichen Produktion. Es sei nur auf die Metallindustrie verwiesen, wo Arbeiter der verschiedensten Berufe — Modellstecher, Schmiede, Schlosser, Kupferschmiede, Lackierer — Hand in Hand arbeiten. In andern Industriezweigen, so besonders in der chemischen Industrie, werden gelernte Arbeiter in Reih und Glied mit den ungelerten beschäftigt. Und schließlich ist der Begriff Produktionsprozess dehnbar. Man kann, ohne mit den Gesetzen der Logik in Konflikt zu kommen, folgern, daß die Verfertiger der Emballage, z. B. Kistenbauer in Seifenfabriken, Klempner in Konservenfabriken, Böttcher in Zementfabriken, zu den Produktionsarbeitern gehören. Auch die Heizer und Maschinisten stehen eigentlich innerhalb des Produktionsprozesses. Kurz, es lassen sich Beispiele und Gründe in Fülle anführen, die gegen die Abtrennung der Berufsarbeiter und damit gegen die eben zitierte Bestimmung der Hamburger Resolution sprechen. Die Praxis hat übrigens in diesen Beschlüssen schon korrigierend eingegriffen. Bekanntlich nimmt der Metallarbeiterverband auch Schmiede auf, obwohl für die Schmiede eine Berufsorganisation besteht. Satisfaktesforderten und erhielten die Metallarbeiter vom Gewerkschaftskongress in Hamburg die Zusicherung, daß der Metallarbeiterverband auch Schmiede aufnehmen darf. Ob das als ein Zugeständnis an den großen Verband oder an den Grundsatz der Industrieorganisation aufzufassen ist, bleibt schließlich gleich — wesentlich ist nur die Tatsache, daß die Hamburger Resolution mit doppeltem Maße mißt. Mit demselben Recht, mit dem die gelernten Arbeiter die ungelerten Hilfsarbeiter für ihre Organisation reklamieren, müssen wir fordern, daß die in unserm Verbandsgebiet beschäftigten gelernten Arbeiter, soweit sie direkt oder indirekt am Produktionsprozess beteiligt sind, dem Fabrikarbeiterverband angehören. In eine kurze Formel gebracht, lautet diese Forderung: Betriebsorganisation als Grundlage der Industrieverbände. Weiteres über diese Forderung im nächsten Artikel.

Konferenz der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fischindustrie.

Am Sonntag, dem 16. Juni, tagte in Lübeck die erste Konferenz der in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Erschienen waren Vertreter der Arbeiterkraft aus allen Orten mit namhafter Fischindustrie. Ferner waren

anwesend ein Vorstandsvertreter und drei Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes und je ein Vertreter des Verbandes der Böttcher und Transportarbeiter.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten referierte Gauleiter Borger-Hamburg über die wirtschaftliche Lage der in der Fischkonserver-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. An der Hand eines reichhaltigen Materials konnte der Referent nachweisen, daß aus bescheidenen Anfängen sich die Fischkonserver-Industrie in einer geradezu glänzenden Weise entwickelt hat. Aus den früher in kleinen Verhältnissen lebenden Anfängern sind meistens moderne Kapitalisten geworden, beschäftigt mit allen Mäuren der kapitalistischen Unternehmung. Die Fischindustriellen haben also alle Ursache, mit der bisherigen Entwicklung zufrieden zu sein. Die weitere Richtung der Entwicklung deutet auf eine noch innigere Verbindung zwischen den kapitalkräftigen Fischindustriellen und den Hochseefischereien hin. Auf der andern Seite sehen wir, daß die in den Läden der Großstadt in so mannigfacher Ausstattung sich präsentierenden appetitlichen Fischkonserven, Marinaden usw. unter Verhältnissen hergestellt werden, die auch nur bescheidenen Anforderungen nicht entsprechen.

Die Arbeit des Zurichtens der Fische, die durchweg von weiblichen Arbeitskräften verrichtet wird, ist in hohem Maße gesundheitsgefährlich. Bis zu 25 Prozent der Belegschaft waren in einem Betriebe, wo Feststellungen getroffen werden konnten, in einem Monat krank. Hitze und Unfleideräume sind in vielen Betrieben gar nicht vorhanden, in andern sind sie mangelhaft. Der Schraun ist oft der Arbeitsraum. In einem Falle diente als An- und Umkleideraum der Lortweg der Fabrik. Die zarten Kinderhände werden zum Lagern der Risten in den Dienst der Industrie gestellt. Dabei ist die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Vorgesetzten oft eine grobe, manchmal auch eine direkt unwürdige. Die Fischindustriellen haben durch ihr Geschrei verstanden, die Regierung zu bestimmen, den überhaupt nur geringen Schutz für die Arbeiterinnen im allgemeinen für die in der Fischkonserverindustrie beschäftigten nahezu völlig auszuschalten. Mit der leichten Verderblichkeit der Waren wird dieses Verlangen motiviert. Als ob es heute nicht möglich wäre, durch Kühlanlagen die Fische längere Zeit zu konservieren! Aber das Anlagekapital hierfür möchten die Unternehmer sparen. Dabei wurde konstatiert, daß oft die Fische viel längere Zeit, als nötig ist, am Markt verbleiben, weil die Fischkonserverfabrikanten glauben, sie in einigen Tagen billiger kaufen zu können. Die Saisonarbeit drückt den ganzen Arbeitsverhältnissen den Stempel auf. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Großstädten haben wohl verstanden, sich zur Zeit der Saison einen einigermaßen zureichenden Arbeitslohn zu erringen, aber oft wird in der klauen Zeit das Errungene wieder rückgängig gemacht. In den kleineren Orten sind mit wenigen Ausnahmen die Löhne geradezu miserabel. Alles in allem bieten die Verhältnisse der Arbeiter in diesen Betrieben ein freundliches Bild nicht. In der längeren Debatte wurden die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten voll bestätigt und teilweise treffend unterstrichen.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Organisation und Agitation sprach unter Beifall der Kollege L. Sütge-Hamburg. Derselbe empfahl zum besseren Ausbau der Organisation die Einsetzung von örtlichen Agitationskommissionen und einer Zentralkommission, in der auch die Transportarbeiter und Böttcher vertreten sind; demgemäß wurde beschlossen. Als Sitz der Zentralkommission wurde Hamburg bestimmt. Vorläufig sind alle Zuschriften, die die Zentralkommission betreffen, an den Gauleiter, Fr. Borger-Hamburg, zu richten.

Folgende Resolutionen wurden angenommen:

- Die 1. Konferenz der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fischindustrie fordert:
 1. Erlaß von Vorschriften betreffs hygienischer Beschaffenheit der Arbeits- und Aufenthaltsräume;
 - a) Die Arbeitsräume müssen hell und luftig sein.
 - b) Stein- oder Zementfußböden der Arbeitsräume müssen an den Arbeitsplätzen Holzbohle besitzen, um das andauernde Stehen der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den nassen Fußböden zu vermeiden.
 - c) Die Arbeitsstühle müssen mit Verkleidungen versehen sein, die das Wasser von den Arbeitern, beispielsweise durch Abhängung der Fische nach der Märe, fernhalten.
 - d) Den Arbeitern und Arbeiterinnen müssen Schürzen aus Oeluch oder Leder geliefert werden.
 - e) Den Arbeitern und Arbeiterinnen sind erwärmte Umkleide- und Speisräume zur Verfügung zu stellen.
 2. Festsetzung eines Minimalarbeitslohes für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren. Unterbrechung der Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen von mindestens zwei Stunden täglich.
 3. Aufhebung der Beschränkung der älteren Verwaltungsbehörden, bestehende Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und völlige Beseitigung aller derartigen Ausnahmebestimmungen und Verordnungen, die darauf abzielen, die tägliche Arbeitszeit über die Maximalgrenze auszudehnen.
 4. Verbot der Heim- und Kinderarbeit in der Fisch- und Krabben-Konserverindustrie.
 5. Strengste Uebervachung aller gesetzlichen Verordnungen und Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in der Fischindustrie.

Resolution.

Begünstigt durch den Aufschwung der Hochseefischerei im In- und Auslande, durch den Ausbau des Verkehrsnetzes sowie durch die fortwährende Steigerung der Fleischpreise, hat sich die deutsche Fisch- und Krabben-Konserverindustrie in verhältnismäßig kurzer Zeit rapide entwickelt.

In diesem Industriezweig sind steigende Produktivität, Steigen der Arbeiterzahl und vermehrte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte die Merkmale, wie sie in allen andern Industrien charakteristisch sind.

Mit der Entwicklung der Fischindustrie ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen enorm gestiegen, die sich in der Saison auf mehr als sechshundert beziffern dürfte.

Die Lage dieser Arbeiterschaft ist eine äußerst ungünstige. Der Lohn ist durchweg niedrig, die Arbeit ungesund. Die persönliche und wirtschaftliche Freiheit wird durch offene oder versteckte Verweigerung des Reallohnstreiks beschränkt. Das Stigma ist: Auf Seiten der Arbeitgeber reiche Gewinne. Auf Seiten der Arbeiter und Arbeiterinnen unregelmäßige zeitweilig unmenslich lange Arbeitszeiten, unwürdige Behandlung, mangelnder gesundheitlicher Schutz und ein fortwährendes Herunterdrücken der Löhne.

In der Erkenntnis der Tatsache, daß hier nur durch Selbsthilfe eine Aenderung zum Bessern geschaffen werden kann, fordert der erste Kongress der in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeitskräfte auf, sich zu organisieren und sich den für diese Industrie zuständigen Verbänden anzuschließen. Dieses sind der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der Deutsche Transportarbeiterverband und der Zentralverband deutscher Bäcker. Nur durch einen festen Zusammenschluß aller in der Fischindustrie Beschäftigten kann eine nennenswerte Besserung der wirtschaftlichen Lage dieser Arbeiterkategorie erreicht werden.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Konferenz um 8 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Während die Feinde der modernen Arbeiterbewegung sich fortgesetzt bemühen, den Arbeitern die Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe zu erschweren und immer brünnlicher den Schrei nach Ausnahmegeetzen erheben, welche angeblich dem Schutze der „Arbeitswilligen“ dienen, in Wirklichkeit jedoch dem kämpfenden Proletariat nur neue Fesseln bereiten sollen, schreitet die Gewerkschaftsbewegung, unbelümmert um das Loben ihrer Gegner, mit wichtigen Schritten vorwärts. Ihre kraftvolle Aufwärtsbewegung und ständig sich vermehrende Mitgliederzahl kommt auch wieder in den Ergebnissen der jüngsten Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftskartelle, welche die Generalkommission in einer Beilage der Nr. 23 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht, zum Ausdruck. Bringt sie auch nur einen Teil der gewerkschaftlichen Wirklichkeit zur Darstellung, so läßt dieselbe doch schon die auch im Jahre 1911 stattgehabende günstige Entwicklung der freien Gewerkschaften erkennen. Es kann schon heute aus den Ergebnissen der jüngeren Statistik gezogen werden, daß die Kartellverbände innerhalb des verflochtenen Jahres mindestens eine Viertelmillion neuer Streiter gewonnen haben.

Im Jahre 1911 bestanden 707 Kartelle, ihre Zahl vermehrte sich gegen das Vorjahr um 23. In der Statistik sind 691 Kartelle gleich 97,74 Prozent der Gesamtzahl beteiligt; die Beteiligungsziffer ist von allen Berichtsjahren die günstigste. Der Anstieg von 16 Kartellen heutzutage ist der Ergebnisse der Statistik nur ganz unvollständig, da es sich nur um solche geringeren Umfangs handelt, die hatten 1910 insgesamt 7804 Mitglieder.

Den an der Statistik beteiligten Kartellen waren 1911 insgesamt 9261 (1910 8883) Gewerkschaften mit 2 160 728 (1910 1 892 953) Mitgliedern angegeschlossen. Den Kartellen nicht angegeschlossen sind 310 Zweigvereine der Zentralverbände. Bei der Bewertung dieser Zahl ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich darunter jedenfalls eine erhebliche Anzahl Einzelmitgliedergewerkschaften befinden, die zwar im Sinne der Kartellstatistik als Zweigvereine zählen, in Wirklichkeit jedoch am Orte keine eigene Verwaltung haben. Die Zahl der den Kartellen angegeschlossenen Zweigvereine solcher Verbände, die nicht der Generalkommission angehören, ist verhältnismäßig gering. Für 1911 handelt es sich um 33 Zweigvereine mit zusammen 7707 Mitgliedern, darunter befinden sich 27 Zweigvereine des Bundes der sächsischen Eisenbahnarbeiter, die insgesamt 7290 Mitglieder zählen. Teilt man die Kartelle nach der Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften in drei Gruppen, so ergibt sich, daß die kleineren Kartelle mit 2 bis 15 Gewerkschaften 70,6 Prozent, die mittleren mit 16 bis 30 Gewerkschaften 22,0 Prozent und die größeren mit mehr als 30 Gewerkschaften 7,4 Prozent der Gesamtzahl ausmachen.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die Gewerkschaftskartelle haben auf örtlichem Gebiete eine reiche Fülle von Arbeit zu erledigen. So vielfältig die gestellten Aufgaben aber auch sein mögen, sie alle erstreben das gemeinsame Ziel: Die Förderung der Gewerkschaftsbewegung und die tatsächliche Vertretung der Arbeiterinteressen. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht die Vertretung der Ängstlichen zur Einwirkung und Befestigung ihres Besitzstandes. Zum Teil wird diese Aufgabe erfüllt durch Veranstaltung von Versammlungen. Es wurden von den Kartellen 1911 2224 allgemeine und 1107 Versammlungen für einzelne Berufe abgehalten.

In keiner Beziehung zu der Agitation stehen die von den Kartellen propagierten Bildungsbestrebungen, die eine entscheidende Entwicklung aufweisen. Die Einrichtungen, welche diesen Bestrebungen dienen, nehmen ständig zu. Es hatten 1911 547 Kartelle gemeinsame Bibliotheken, die in 87 Fällen mit Lesestempeln verbunden waren; an 362 Orten bestanden Bildungsvereine, und die Zahl der Jugendbildungsvereine, die wohl im Zusammenhang mit den Bildungsbestrebungen gleich erwähnt werden können, betrug 316. Die letzten Einrichtungen werden jedoch in den meisten Fällen nicht ausschließlich von den Kartellen, sondern gemeinsam mit der Partei unternommen. Referenznachweise bestanden an 92 Orten.

Die Durchführung der Arbeiterkongressbestrebungen bestanden 1911 135 Ortskommissionen für Gewerkschaftskongresse und 235 Gewerkschaftskongresse. An 46 Orten werden Kommissionen zur Vertretung des Profs und Organisations beim Arbeitgeber unterhalten. Die Zahl aller dieser Kommissionen ist ungefähr die gleiche wie im Vorjahre geblieben.

Die Zahl der Gewerkschaftskartelle ist seit dem Vorjahre um 14 gestiegen und beträgt gegenwärtig 707. Hierbei sind in eigener Regie unterhalten 31 Kartelle. In 322 Orten hat die Kartelle mit Herbergswesen betriebs Übertragung von anderen Mitgliedern keine Einrichtungen getroffen, die der häuslichen Kontrolle der Kartelle unterliegen.

Die Tätigkeit der Kartelle ist sehr vielfältig. Es ergeben sich aus den von den Kartellen unternommenen Arbeiterkongressen und Referenznachweisen folgende Ergebnisse. Über die Tätigkeit dieser Kommissionen ist in der letzten Jahresstatistik „Referenznachweise“ berichtet worden. Es sei hier nur erwähnt, daß 1911 an 102 Orten (1910 96) Referenznachweise an 198 Orten (1910 203) Referenznachweise hatten, die von den Kartellen unternommen wurden.

18 Kartelle bestanden zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten eigene Kommissariate. Aufgestellt werden von den Kartellen 171 Kartelle, die hauptsächlich in der Saison tätig sind.

III.

Die Finanzgebahrung der Gewerkschaftskartelle.

Von den an der Statistik beteiligten 691 Kartellen erzielten 685 zur Deckung ihrer Ausgaben von den Gewerkschaften einerseits und pro Mitglied und Jahr bestimmten Beitrag. Unter diesen Kartellen befinden sich 118, welche von den Mitgliedern noch einen besonderen Beitrag für die Unterhaltung eines Unterwerkes oder eines Arbeitsunterstützungsstellen erheben.

Die Höhe der Beiträge ist sehr verschiedenartig. Es ergeben sich einen Betrag von 20 Pf. jährlich 72 Kartelle mit 370 667 Mitgliedern, von 21 bis 40 Pf. 217 Kartelle mit 226 219 Mitgliedern, von 41 Pf. bis 1 Mk. 262 Kartelle mit 984 225 Mitgliedern, von 1,01 bis 2 Mk. 122 Kartelle mit 445 070 Mitgliedern und von über 2 Mk. 8 Kartelle mit 29 100 Mitgliedern.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 676 Kartelle. Diese hatten insgesamt eine Einnahme von 1 797 248 Mk. Davon entfiel auf Beiträge 645 089 Mk., Spenden 233 855 Mk., Leihzinsen von festlichen Veranstaltungen und sonstigen Unternehmungen 567 304 Mk.

Die gesamte Ausgabe der 676 Kartelle belief sich auf 1 600 435 Mk. Diese verteilt sich auf folgende Posten: Agitation 105 928 Mk., Arbeitervertreterwahlen 28 342 Mk., statistische Erhebungen 6264 Mk., Gewerkschaftshäuser und Verwaltungsbüros 152 339 Mk., Herbergen und Arbeitsnachweise 38 770 Mk., Sekretariate und Anstaltsstellen 239 203 Mk., Bibliotheken und Lesebücher 93 160 Mk., Streiks 809 048 Mk. (davon aus den Kartellkassen 25 191 Mk.), Verwaltungskosten 208 438 Mk., sonstige Ausgaben 379 024 Mk.

Die Kassenbestände der 676 Kartelle betrugen am Schlusse des Jahres 1910 628 739 Mk. und am Schlusse 1911 825 552 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Kassenbestände von 196 813 Mk. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1911 gegenüber dem Jahr 1910 eine Vermehrung der Einnahme von 386 245 Mk. und eine Erhöhung der Ausgabe von 289 473 Mk.

Die Erhöhung der Ausgaben verteilt sich auf alle Posten, mit Ausnahme der Arbeitervertreterwahlen, bei denen gegen 1910 eine Verminderung der Ausgaben um 6625 Mk. eingetreten ist.

Für die Tabakarbeiter, welche von dem Unternehmertum in einem harten, langwierigen Kampf verwickelt wurden, brachten die Kartelle bis zum Schlusse des Jahres 1911 283 855 Mk. auf dem Wege der Sammlungen und 26 191 Mk. aus ihren Kassen auf.

Ueber die Kartelle der christlichen Gewerkschaften und die Ortsverbände der Christ-Donnerschen Gewerkschaften wurden bisher von den betreffenden Organisationszentralen Überichten nicht veröffentlicht. Es kann deshalb die Statistik über „Die deutschen Gewerkschaftskartelle“ mit solchen Angaben nicht ergänzt werden. Auch in Zukunft wird auf derartige Erhebungen nicht zu rechnen sein, denn die Wirksamkeit der christlichen Kartelle ist zu unbedeutend, um das Licht der Öffentlichkeit zu bringen zu können. Die der allgemeine Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse sich unter dem vorherrschenden Einflusse der Zentralverbände vollzieht, so sind auch die Zweigvereine derselben vermöge ihres Zusammenschlusses in Kartellen maßgebend für alle Aufgaben, welche im Interesse der Arbeiter auf örtlichem Gebiete zu lösen sind und von deren Erfüllung die Statistiken alljährlich ein rühmliches Zeugnis ablegen. Wohin wir auch unsere Blicke wenden mögen, überall können wir auf das fruchtbarste Wirken der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Man kann es unter diesen Umständen nur bedauern, wenn die Einheit der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht vollständig ist und damit ihre Aktionen beeinträchtigt werden. Trotz alledem geht es vorwärts. Der Unterstand der Arbeiter, die heute noch abseits der wirtschaftlichen Kämpfe stehen oder sich von falschen Freunden gegen ihre eigenen proletarischen Interessen mißbrauchen lassen, wird doch der Erkenntnis weichen müssen, daß nur die Vereinigung aller Ausgebeuteten in den freien Gewerkschaften den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse verbürgt.

Papier-Industrie

Papierarbeiter-Elend.

Am Eingange des Neuhäbner und Lambrecht'schen Tales liegt Neustadt a. d. Harz — die Perle der Pfalz. Von Neustadt a. d. H. durch die Täler des Sandberggebirges am rauschenden Speierbach entlang zieht sich die Straße nach Reidenfels, von da nach Hochspeier und Kaiserklautern. An diesem zwei Stunden langen Wege — bis nach Reidenfels — hat sich die Papier- und Textilindustrie, letztere besonders in Lambrecht, angehebelt. Majestätisch erheben sich zu beiden Seiten die Berge des Harzgebirges mit ihren herrlichen Kadel- und Sandwäldern. An den Bergabhängen und im Tale liegen die Wohnungen der Bewohner von Schönbühl, Lindenberg, Lambrecht, Frankeneck und Reidenfels hervor. Brunnen und die Willen der Lagerstätten (Papierfabrikanten) mit ihren artigen und kunstvoll angelegten Vorgärten heraus. Dicker wachen die Fabriken mit ihren rauschenden Schloten und die Fabrikwohnungen in ihren dunklen grauschwarzen Farben. Dicker ist auch das Leben der Papierarbeiter. Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne zwingen die Papierarbeiter, mit Frau und Kindern von morgens früh bis abends spät tätig zu sein, um ein elendes Dasein fristen zu können. Die Papierfabrikanten sind stolz auf die „Anfriertheit“ ihrer Arbeiter. Rein Wunder, wenn die Papierfabrikanten in ihren Jahresberichten berichten: „Das Verhältnis ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Papiermacherei eben noch ein besseres als es in andern Industriezweigen der Fall ist.“ — „Es geht noch ein patriarchalisches Geistes durch das Gewerbe, der durch die verhältnismäßige Abgeltung vieler Papierarbeiter genötigt wird.“ — „Der Arbeiter in den Papierfabriken läßt sich nicht als Proletariat, sondern als unabhängiger Mann, der Wohlwollen von seinem Arbeitgeber erwartet und ihn dafür mit Anhänglichkeit lobt.“

Ob man sich nicht täuscht? Wer fast täglich mit den Papierarbeitern zusammenkommt und ihr Vertrauen erworben hat, so daß sie sich frei und offen äußern, der weiß, daß die Papierarbeiter seufzen unter dem Joch, das die brutale Macht und Gewalt der Papierfabrikanten ihnen auferlegt hat. Sie kämpfen über die für Menschen unwürdigen, ja fast unentzerrlichen Zustände, an Zahltag machen sie über die recht traurige Entlohnung, besonders wenn die Vorzüge rückwärtslos abgezogen werden, die Faust im Saad; es erwacht in ihnen das Bewußtsein ihrer traurigen Lage. Aber sie finden nicht den Mut, durch Gehilfenlosigkeit und Einsamkeit diese unwürdigen und traurigen Zustände zu beseitigen. Diese Freiheit und Gehilfenlosigkeit ist besonders aus der Abgeltung der Papierarbeiter zu ersehen. Abgeschlossener von den übrigen Industrien und Arbeitern, vegetiert der Papierarbeiter in seinem Tale dahin. Selten verliert sich ein fremder Arbeiter in diese Eden und gerät er hinein, so macht er sich nicht, daß er wieder herankommt. Das erzeugt in dem Papierarbeiter eine nicht notwendige Furcht. Er beteiligt sich an wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen nur dann, wenn es der „Herr“ erlaubt und nur so, wie es dem „Herrn“ angenehm ist. Er beschränkt, wenn er sich mit seinen Arbeitsbrüdern und -Schwestern zusammenschließt, brodes zu werden. Das sollen unabhängige Männer sein, die Wohlwollen vom Arbeitgeber erwarten und ihn dafür mit Anhänglichkeit loben? Nein, es sind abhängige Sklaven, die nur aus Furcht zufrieden sind. Besonders die Papierarbeiter im Neuhäbner, Lambrecht und Dittheimer Tale, überhaupt in der Pfalz, können ein Bild davon fassen. Der Fabrikant braucht nur an der Schür zu ziehen, und sie hängen. Es sind nur wenige, die sich befreien können oder die Courage dazu haben. Und doch würden sie nichts verlieren als ihre Ehre. Der Papierarbeiter besitzt oft nicht so viel, um sein Kind zur Konfirmation oder Kommunion einzuladen zu können. Das Geld hierzu wird vom Fabrikanten geliehen, die Waren zum Teil beim Kaufmann geborgt, und der Sohn oder die Tochter arbeiten beim Fabrikanten den Verdienst ab. Auch für gepacktes Land oder für vorgelegte Gelder auf Händen müssen die Kinder arbeiten. Die Firma Knödel a. Schmidt beschäftigt Schweißergesellen zu 38 Mk., verpacktes Land usw., die Kosten aber werden in wöchentlichen Raten von Lohn abgezogen. Das Vergeld, das die Arbeiter noch am Zahltag erhalten, beträgt oft nur 5, 6, 7, auch 10 Mk. Bekommen die Arbeiter 15—18 Mk. heraus, dann haben sie 104 bis 111 Arbeitsstunden geschuftet. Die daruntergehenden Lohnzahlungen ausfallen, sei hier an einem Beispiel angeführt: Lohn 72 Stunden à 25 Pf. = 18 Mk., hiervon gehen ab: Kranzgebühren 45 Pf., Zinsaufschlag 15 Pf., Wohnung mit Gartenstück 2 Mk., Pöhlen 65 Pf., Biermarken 1,93 Mk., Sondernote 80 Pf. = 5,28 Mk., verbleiben 12,14 Mk., ab Voranschlag verbleiben in der 6 Mk. Mit solchen Maßnahmen soll man sich nicht als Proletariat fühlen!

Und wie steht es mit dem „patriarchalischen Geiste“. Zu der Zeit, als noch Keifer und Geßeln an der Höhe arbeiteten, mag er vorhanden gewesen sein, heute ist nichts mehr davon zu spüren. Mit der Einführung der Papiermaschine haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Auch das Verhältnis zwischen Meister und Arbeiter ist anders geworden. War früher der Meister darauf bedacht, daß der junge Papiermacher in seinem Fach durchgebildet wurde, so ist er heute nur noch Kritiker. Als junger Lehrling aus der Schule entlassen, beginnt der Papierarbeiter als Rollenführer, Fogenführer, Schmitzer usw. seinen Lebenslauf. Hat er das jugendliche Lebensjahr erreicht, wird er als Strohbohrer, Pressenführer usw. beschäftigt. Würde er vorher an die vollständige Arbeitszeit gewöhnt, so sind jetzt achtzehn Stunden keine Seltenheit. Nach anderthalb bis zwei Jahren, auch später, erwartet er zum Monatsgehälte, nur sein Examen

abzulegen, daß er 18 und 24 Stunden arbeiten kann. Dieses Examen besteht jeder; denn keiner getraut sich zu sagen, daß er schon in zwölf Stunden satt hat. In der Papiermaschine verbringt er dann den größten Teil seines Lebens. Wehlich ergeht es den in den holländischen Geschichtsbüchern. Fast nie hat der Papierarbeiter einen vollen Sonntag oder einen Tag in der Woche, um sich geistig und körperlich erholen zu können! Durch die Tag- und Nachtschicht ist der Sonntag verloren; um 10 Uhr morgens, oft auch erst um 2 Uhr oder sogar 3 Uhr nachmittags kommt der Papierarbeiter nach Haus. Der Sonntag ist nur für die Maschine. Diese wird geölt, gereinigt, in guten Zustand versetzt, für die kommende Woche leistungsfähig gemacht. Um den Arbeiter befürchtet sich niemand. Die Löhne sind auch so bemessen, daß es niemand zu wohl wird. Kein Wunder, daß die Papierarbeiter gegen zu Ertragsreichen oder Überflummen meigen, um ihr Einkommen zu erhöhen. Wie verkehrt dies Bestreben, ist, niedrige Löhne durch lange Arbeitszeit zu erhöhen, können sie nicht begreifen.

Der Geist der Solidarität, der Zusammengehörigkeit fehlt; jeder ist nur auf sein eigenes Ich bedacht. Neid und Mißgunst sind die Folgeerscheinungen. Auch das raffiniert ausgefüllte Lohn- und Prämien-System wirkt der Solidarität entgegen. Die Papierfabrikanten tun ein übriges; sie unterstützen die Ortsgefängnis- und Turnvereine, brücken bei Festlichkeiten dem einen oder dem andern Arbeiter die Hand, wechseln einige freundliche Worte, und die betreffenden Arbeiter sind überglücklich. Alle Not und alles Elend sind vergessen, besonders wenn es Bier und Würste gibt. Aus „Danbarkeit und Anhänglichkeit“ werden bei Geburtstagen der Herren oder bei sonstigen Anlässen Festschiffe arrangiert. Besie dem, der daran Kritik üben würde; sofort wäre er verurteilt, seine Entlassung wäre ihm sicher. „Umstürzler“ und „unzufriedene Elemente“ duldet man nicht. Besonders hat es die Firma Hoffmann u. Engelmann auf diese Umstürzler abgesehen. Der § 28 ihrer Arbeitsordnung sagt: „Arbeiter, die auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung arbeitenden Vereinen angehören, sind zu bestrafen, aus der Fabrik auszutreten, da sie bei dem Bekanntwerden ihrer Anhänglichkeit zu einem derartigen Verein sofort aus der Fabrik entlassen werden.“ Was wird nicht alles als umstürzlerisch angesehen? Wer mit den Hungerlöhnen in der Papierindustrie nicht zufrieden ist, wird als Umstürzler geachtet. Jeder Ausbitterteiler macht die Herren schon nervös.

Die Arbeiterschaft in der Papierindustrie läßt sich leider noch alles bieten. In den Betrieben sieht es oft vorfunktlich aus. Wadeneinrichtungen, Speiseräume oder Kleideräume fehlen entweder gänzlich oder sind in einem Zustande, der ihre Benutzung unmöglich macht. Die Arbeiter haben gar nicht oder höchstens in dem veräberlichen Speiseraum, ein Gefährde, der zur Infektion führte, wollte sich in einem Beamtenbezugsraum baden; der Direktor B. der betreffenden Fabrik deutete als Antwort auf das Verlangen mit dem Finger vor die Stirn. (Nur die Abwehrmaßnahmen sieht es nicht viel besser aus. Die Behandlung ist entsprechend. Ein Oberwerkführer prägelte einen Pressenführer, weil er nicht länger als zwölf Stunden arbeiten wollte. Es ist schon vorgekommen, daß Jungen durch die Fenster gingen, wenn man sie einschloß, um sie verprügeln zu können. Arbeiterinnen in der Papierindustrie müssen es sich gefallen lassen, als Sau- und Dampfenmacher tituliert zu werden.

Diese unwürdigen Zustände sind besonders auf die Kassierten Stellung der Papierarbeiter zurückzuführen. Die erste Klasse sind die Maschinenführer, zum Teil noch die holländischen Arbeiter. Sie haben Monatsgehalt und außerdem noch Prämien. Das soziale Empfinden ist bei vielen geschwunden; befinden sie sich doch in „höherer“ Stellung. Die zweite Klasse sind Arbeiter, die sich mit etwas geringem Verdienste begnügen müssen, nebenbei Landwirtschaft betreiben, als doppelt arbeiten; Frauen und Kinder müssen mithelfen. Sie leben keine Zeitung, bekommen eine mit 1000 Mark Versicherung. Die dritte Klasse lebt von der Hand in den Mund, d. h. sie ist nur auf den geringsten Verdienst des Mannes angewiesen. In keiner andern Industrieart ist der Klassenunterschied so ausgeprägt, wie bei den Papierarbeitern. Selbst in den Zellstoffabriken findet man diesen Unterschied nicht. Deshalb der Unterschied bei den Löhnen. In Mannheim werden die Papierarbeiter um 30—100 Prozent besser entlohnt als in den übrigen Teilen der Pfalz. Auch aus der Statistik der Papiermachereigenossenschaft geht dies hervor. Der Durchschnittslohn eines erwachsenen männlichen Arbeiters (Bollarbeiter) betrug 1911 in den Papierfabriken 948 Mark, während er in den Zellstoffabriken 1205 Mark, also 259 Mark mehr betrug. Vergleichen wir die Schwaben, so sind in fast allen Sektionen der Papiermachereigenossenschaft die Durchschnittslöhne um 54 bis 149 Mark höher als in der Sektion IV, die das Großherzogtum Hessen, die Provinz Hessen-Nassau und die bayerische Rheinpfalz umfaßt. Nur in den Sektionen II und XI ist der Durchschnittslohn um 8 resp. um 87 Mark geringer, während er in der Sektion X nur um 7 Mark höher ist. Diese Feststellung bedeutet, daß in der Sektion IV die Arbeiter verpflichtet sind, im Interesse der Kinder und Familie sich zu regen, um ihre wirtschaftliche Lage zu heben. Vergleichen wir den Durchschnittsverdienst im Jahre 1910, so finden wir eine Steigerung von 3,2 Prozent. Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt aber vom April 1911 bis April 1912 für eine vierköpfige Familie 8,1 Prozent. Die Papierfabrikanten behaupten, der Papierarbeiter sei von der Teuerung nicht betroffen. Laut Bericht von der Generalversammlung am 13. bis 17. Juli 1911 in Dangitz im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ wird folgende Behauptung aufgestellt: „Auch sind es nicht die arbeitenden Kreise, die das Steigen der Lebensmittelpreise am meisten gespürt haben. Viel mehr wurden durch sie die unteren Beamtenfamilien, indem allein das Pro-Konsumvermögen erheblich zugenommen hat, und die kleinen Rentner und Pensionäre, deren Einkommen durch die Zinsrückgänge des letzten Jahres ohnehin stark vermindert worden sind, betroffen.“ Also merkt's auch, Papierarbeiter! Vermeint ihr, sondern die unteren Beamten und Pensionäre wurden von der Teuerung betroffen. Offenlich stellt man bei der diesjährigen Generalversammlung in Straßburg fest, daß hauptsächlich die Papierfabrikanten von der Teuerung betroffen wurden.

Die holländische Gewerbeinspektion ist über die Wirkung der Teuerung anderer Meinung. Sie berichtet, daß sich die täglichen Ernährungskosten im Jahre 1910 für eine erwachsene Person im Durchschnitt auf 82 Pf. stellen, während sie im Jahre 1890 für städtische Familien im Mittel nur 64 Pf. für ländliche sogar nur 56 Pf. betragen. Also eine Steigerung von 23,1 bis 46,4 Prozent in 20 Jahren. Die Steigerung der Löhne beträgt — laut Statistik der Papiermachereigenossenschaft, Sektion IV — in der gleichen Zeit nur 24,7 Prozent. Hinzu kommen dann noch die Steigerungen der übrigen Haushaltungskosten an Feuer, Licht, Kleidung, Steuern, Wohnungsmiete usw. Es ist also eine erhebliche Preissteigerung für die Papierarbeiter eingetreten. Wie die Papierarbeiter mit ihren erbärmlichen Löhnen auskommen können, ist für manchen, der die Verhältnisse nicht kennt, ein Rätsel. Nehmen wir die Feststellungen der holländischen Gewerbeinspektion zur Grundlage, dann benötigt eine vierköpfige Familie für Nahrungsmittel pro Tag 2,66 Mk. einjährig der Steigerung von 1911 bis 1912 pro Woche 18,62 Mk. Hierbei ist aber zu erwähnen, daß die holländische Gewerbeinspektion die täglichen Ernährungskosten recht niedrig veranschlagt hat. Stellen wir demgegenüber die notwendige Ration eines Mannesoldaten, so erhöht sich die Summe bedeutend. Nach statistischen Feststellungen betrug diese für eine fünfköpfige Familie 1900 22,20 Mk., im September 1911 aber 30,34 Mk. Nehmen wir für Miete, Steuern und sonstige Unterhaltungskosten pro Woche nur 12 Mk., so müßte der wöchentliche Verdienst der Papierarbeiter 36,82 Mk. nach Berechnung der Gewerbeinspektion und nach der Berechnung der Normalration eines Mannesoldaten 42,34 Mk. betragen. Der Papierarbeiter verdient aber nur die Hälfte. Vor mir liegen Rahitagzettel von einem Arbeiter mit sechs Kindern. Derselbe verdiente in 11 Stunden 27,25 Mk., in 104 Stunden 26 Mk., in 72 Stunden 18 Mk. Eine Arbeiterin, deren Mann Invalide ist und eine längliche Rente bezieht, hat den horrenden Verdienst von 3,64 Mk. bis 11,53 Mk. pro Woche im Nord als Pumpenfortiererin. Ein holländischer Arbeiter verdient in sechs Tagen a 2,80 Mark 16,80 Mk. pro Woche; hiervon kommen noch die Kranken- und Invalidenbeiträge in Abzug, welches Elend kommt in diesen Zahlen zum Ausdruck. Es gibt allerdings Leute unter den Papierarbeitern, die gar nicht fühlen, daß es ihnen schlecht geht. Ist es doch den Großeltern und Eltern nicht besser gegangen; warum sollen sie es besser haben? Es wird leider noch einige Zeit dauern, bis die ausgebeuteten Papierarbeiter erkennen haben, daß sie sich aufraffen, sich zusammenschließen müssen zur Erringung einer besseren wirtschaftlichen Lage. Schreiber.

Eine bezeichnende Gründung.

Die bekannte Dresdener Chromo- und Kunstdruck-Papierfabrik von ... Die Bedingungen, unter denen die Umwandlung vollzogen wird, sind so interessant, daß wir sie hier etwas näher schildern müssen.

Die Gründer der Aktiengesellschaft sind sechs Herren, die zugleich sämtliche Aktien übernehmen. Das gesamte Aktienkapital beträgt 4 Millionen Mark und wird in 4000 Aktien à 1000 M. ausgegeben.

Die Aktienverteilung zeigt schon, daß die fünf Mitaktionäre nur zur Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften mit beteiligt sind. Die sechs Aktionäre bilden zugleich den Aufsichtsrat und den Vorstand der Gesellschaft.

Das Unternehmen wird mit 4 164 732 M. Mittelüberschuß bewertet; der Vorbesitzer - eben der Hauptaktionär R. Hugo Schmeil - erhält mithin neben sämtlichen Aktien (mit Ausnahme der fünf oben angeführten) 169 782 M. bar.

Der Reingewinn des Unternehmens betrug 702 645 Mark im Jahre 1910 und 772 186 M. im Jahre 1911. Da dieser Reingewinn eine erhebliche Verzinsung des angelegten Kapitals, also eine hohe Dividende ermöglicht, werden die Aktien des Unternehmens, sobald sie an der Börse eingeführt sind, lebhaft gekauft und im Kurse hochgetrieben werden.

Herr Schmeil wird alsbald - wenn er will - für eine 4 Millionen Mark Aktien sehr leicht das Doppelte oder gar Dreifache hereinholen können. - Eine sehr bequeme Art, Geld zu verdienen.

Das Unternehmen wird mit 4 164 732 M. Mittelüberschuß bewertet; der Vorbesitzer - eben der Hauptaktionär R. Hugo Schmeil - erhält mithin neben sämtlichen Aktien (mit Ausnahme der fünf oben angeführten) 169 782 M. bar.

Der Reingewinn des Unternehmens betrug 702 645 Mark im Jahre 1910 und 772 186 M. im Jahre 1911. Da dieser Reingewinn eine erhebliche Verzinsung des angelegten Kapitals, also eine hohe Dividende ermöglicht, werden die Aktien des Unternehmens, sobald sie an der Börse eingeführt sind, lebhaft gekauft und im Kurse hochgetrieben werden.

Herr Schmeil wird alsbald - wenn er will - für eine 4 Millionen Mark Aktien sehr leicht das Doppelte oder gar Dreifache hereinholen können. - Eine sehr bequeme Art, Geld zu verdienen.

Odenw. (Gummifabrik), Streiß i. M., Stuttgart-Baihingen (Schamottefabrik), Dunsfelb, Reiz (Düngerfabrik) Budaun (Ziegelei). Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen im Gau 15 im Monat Mai.

Neumünster. Die Arbeiterchaft der Papierfabrik von Wagholt u. Schöbner waren an ihren Unternehmern herantreteten wegen einer Arbeitszeitverkürzung und Lohnherabsetzung. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 1/2 Stunden pro Woche, so daß die wöchentliche Arbeitszeit jetzt 58 1/2 Stunden beträgt.

Elmsbörn. In den städtischen Betrieben wurde in diesem Frühjahr durch die Organisation eine Forderung eingeleitet, die den Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung ihres Lohnes um 3 Pf. pro Stunde brachte. Der Stundenlohn beträgt jetzt in der Gasanstalt für Retortenheizer 51-54 Pf., im Wasserwerk 44-48 Pf., in der Abfuhranstalt 47 und 48 Pf.;

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Uetersen. Am 20. April d. J. reichte die Organisation in der Seimfabrik von S. Holst eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 44 Pf. ein. Herr Holst wollte zunächst von einer Lohnherabsetzung nichts wissen, obwohl in den beiden anderen hiesigen Seimfabriken das Gesorberte schon längst bezahlt wird.

Ich erkenne für die bei dem Verein Chemischer Fabriken u. G. in Reiz beschäftigten Arbeiter und Angestellten das Koalitionsrecht an und werde die Leitungen der einzelnen Betriebe der Gesellschaft veranlassen, den Arbeitern und Angestellten wegen der Ausübung des Koalitionsrechtes keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Wie schon längst ist es etwas, wenn es auch nur ein „Wahlverbrechen“ ist. Zu halten braucht man es noch lange nicht, die Hauptsache ist, daß der Herr Direktor nun mit Hilfe der Arbeiter in den Verhandlungen gewählig worden ist.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Reiz. Die Lohnbewegung in der Margarinefabrik von Bornheim u. Schangley nimmt erstere Formen an. Am 22. Mai wurden seitens der Organisationsleitung der Firma die Forderungen unterbreitet. Eine Antwort auf die behaupteten Forderungen der Arbeiter hielt die Firma für überflüssig.

Verschiedene Industrien

Mangelhafte Hygiene in einer Leerbabrik.

In der Leerbabrik von Hartmann u. Luder in Pöln Müllheim befinden sich Zustände, die verdienen, einmal der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Die Badeeinrichtung ist sehr mangelhaft. Der Raum ist viel zu klein.

Noch einmal die „Apollo“, Gummifabrik in Budapest.

In Nr. 23 des „Proletariats“ haben wir eine Offerte der Gummifabrik „Apollo“ in Budapest an einen Hamburger Kollegen abgedruckt und im Anschluß daran erklärt, daß wir die Annahme von Arbeit bei dieser Firma nicht empfehlen können.

Wir sind im Besitz Ihres v. Schreibens vom 11. ds. und danken Ihnen für Ihre gefl. Aufklärung. Wir sehen den Ausgangspunkt des Faktums in einem kleinen Abdruck der jüngsten Ausgabe eines Differenz nach Hamburg, und zwar, daß wir in bezug nicht betont haben, daß wir Wochenlöhne hier, also an ungarische nicht tschechische Anfänger von 20 Kronen an bezahlen.

Wir können nicht nachprüfen, ob die Angaben der Firma richtig sind, müssen jedoch bemerken, daß ein Anfangslohn von 20 Kronen auch dann durchaus unzureichend ist, wenn er an ungarische nicht tschechische Arbeiter bezahlt wird.

Wir können nicht nachprüfen, ob die Angaben der Firma richtig sind, müssen jedoch bemerken, daß ein Anfangslohn von 20 Kronen auch dann durchaus unzureichend ist, wenn er an ungarische nicht tschechische Arbeiter bezahlt wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen - Lagerstein (Gipsfabrik), Niesfeld, Hügow i. R. (Papierfabrik), Sella (Farbenfabrik), Dresden, Darmstadt (Papierfabrik), Straß, Straß (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Kollmar i. P., Köslin-Schlau (Schneidemühlen), Landsberg a. d. H., Mannheim-Friedrichsdorf, Sandbach im

ändern. Der Hunger wird Herrn Otto seine allen Arbeiter sicher nicht in die Arme treiben. Mit dem Verfall der schwarzen Listen will Herr Otto den Arbeitern seine Macht zeigen lassen. In solchen Fällen verhält man sich auch die Mühseligkeit der Nachbarn und dergleichen nicht, wenn man sie vorher auch recht ebenmäßig behandelt hat. Und nun nicht den Anschein zu erwecken, als wollten die bösen Arbeiter einen Millionär ruinieren, sei die Ursache zum Streik hier wiederzugeben. Eine Veränderung im Produktionsprozess bedingte die Verlegung der Förderwerke. Dadurch, daß dieselbe zirka 1 1/2 Meter unterhalb der bisherigen Lahnsohle zu liegen kam, mußten während der Kampagne - nach Berechnung der Arbeiter - zirka 6000 bis 8000 Kubikmeter ungehachter Lehm mit weggeschoben werden. Jedes Meter davon mußte im Winterhalbjahr mit 40 Pf. Arbeitslohn bezahlt werden. Hier sollte die Verarbeitung aber ohne jede Entschädigung erfolgen. Es muß ferner noch beachtet werden, daß durch dieses System die Anforderung an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter bedeutend stieg, während die Produktionshöhe vom Vorjahre, obgleich noch eine Arbeitskraft mehr eingestellt wurde, nicht erreicht werden konnte. Herr Otto behauptet zwar, die geringere Produktion läge nur an dem Nichtgelingen der Arbeiter; er habe die Sache genau beobachtet. Solche Ausreden findet man aber bei jeder Lohnbewegung und ist dabei zu bedenken, daß die Beobachtungen immer durch die Unternehmerbrille erfolgen. Auch die anderweitige Festlegung des Arbeitsjahres brachte der Arbeiter eine keine Entschädigung. Ferner zahlte Herr Otto die Extravergütung für Überstunden nicht mehr aus und verweigerte die Auszahlung des vollen Wochenlohnes der Brenner. (Neben Brenner wurden wöchentlich 4 Mt. einbezahlt, weil dies bei ihm bisher immer so üblich gewesen sei.) Die Arbeiter verlangten nun nicht nur eine Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses in der Grube, sondern auch in den Oefen, weil der arbeitsintensiv harte Arbeitsdienst, mit welchem Herr Otto bei seinen Standesgenossen gepörselt hatte, nur auf übermäßige Anstrengung bei den auszubehrenden Arbeiter beruhte. Herr Otto lehnte indessen alles ab. Er erklärte sich nur bereit, zuzugestehen, wenn andere Hüttenbesitzer „so dumm wären“ und eine Zulage gewährten. Die Arbeiter wollten jedoch indessen anders als Herr Otto und legte am anderen Tage die Arbeit nieder. Ein erheblicher Teil der Hüttenbesitzer hat die Löhne ihrer Arbeiter in diesem Jahre aufgebessert, nur Herr Otto war dazu nicht in der Lage. Hoffentlich zieht Herr Otto den Ausbruch „dumm“ zurück, denn die Annahme, daß die Herren Hüttenbesitzer bei der Erhöhung der Löhne ihrer Arbeiter zu dumm gewesen seien, ist wirklich zu dumm.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der 6. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

tag vom 2. bis 8. Juni in München. Er war von 87 Delegierten, 6 Vorstandsmitgliedern und 19 Gauleitern besetzt. Die drei ersten Tage der Generalversammlung füllten die Geschäftsberichte und die Diskussion darüber aus. Nach dem vom Vorstandsvorsitzenden W. H. S. B. 1. erläuterten Bericht hat sich der Verband in der Berichtszeit gut entwickelt. Am Ende der letzten Geschäftsperiode zählte er 29 316, bei Eröffnung des Verbandstages aber 50 000 Mitglieder. Also ein gewiss erfreulicher Erfolg! Die Zunahme an Mitgliedern in der Geschäftsperiode beträgt 18 060; die durchschnittliche Mitgliederzahl stieg von 29 316 auf 47 376. Die Zahl der Verwaltungsstellen vermehrte sich um 88, von 111 auf 199. Wie die Mitgliederzahl, so haben sich auch die Finanzen des Verbandes in der Berichtszeit gut entwickelt. In der vorletzten Geschäftsperiode war der Ertrag von 1 240 871 Mt. und eine Ausgabe von 1 105 494 Mt. zu verzeichnen. Für 1909/11 haben sich diese Posten nahezu verdoppelt. Die Einnahmen wuchsen auf 2 489 404 Mt. und die Ausgaben auf 2 168 102 Mt. In der Periode 1906/08 betrug der Ueberschuß 235 377 Mt., in der jetzigen Geschäftsperiode 321 302 Mt. Das Verbandsvermögen hat sich seit Anfang der letzten Geschäftsperiode nahezu verdoppelt, es wuchs auf 652 521 Mt. gegenüber 331 219 Mt. am Schluß des Jahres 1908.

Die Organisationszugehörigkeit der Gemeindearbeiter erstreckt sich auf eine ganze Reihe Verbände. Eine vom Verband angenommene Statistik umfaßt 113 370 Beschäftigte. Von diesen sind 63 288 organisiert, und zwar gehören dem Gemeindearbeiterverband 47 876 an, 5584 31 anderen freigewerkschaftlichen Verbänden und 15 848 gegenüberen Verbänden. Den größten Anteil an den 5584 sonstigen freien Organisationsangehörigen Arbeiter haben die Metallarbeiter und Transportarbeiter mit je rund 1500 Mitgliedern. Der Gemeindearbeiterverband erstreckt die Zusammenfassung aller in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einer Organisation; er will eine Betriebsorganisation sein. Daß bei diesem Standpunkt der Gemeindearbeiter Organisationsfragen nicht anzubringen, ist nicht verwunderlich. Auf dem Verbandstage haben die Gewerkschaften zu lebhaften Diskussionen Anlaß. In der Gesamtsitzung wurde gegen die Transportarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter und Arbeiter angegangen. Die Gemeindearbeiter verlangen sämtliche in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter für sich. Verbandsvorsitzender W. H. S. B. sprach sich für die Verständigung mit den anderen Organisationsgruppen. Nach den Beschlüssen der Verhandlungen möchte man sich richten. In der weiteren Debatte zu den Beschlüssen über die Arbeiter hatten die Beschlüsse, daß der Verband bestrebt sei, die Arbeiter zu einer Organisation zu bringen, die die Interessen des Arbeiterstandes vertreten hätte.

Über die Arbeiterfrage in den Gemeindebetrieben referierte am nächsten Verhandlungstage W. H. S. B. Er bewies, daß der Verband die ohne Arbeiterfrage nicht behauptet, das Gute an sich anzuerkennen, so aber nicht übersehen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Forderungen und Forderungen des Verbandes wiedergegeben.

Zur Starkeberatung wurde eine Beitragserschließung um 10 Mt. bei der Erhöhung der Höhe der Gewerbesteuerunterstützung um 150 Mt. und 2 Mt. beschlossen. Zustimmung fand ein Antrag, daß der Redaktionsrat nicht mehr dem Vorstand angehört und durch ein zu wählendes Gremium ersetzt wird. Bei diesen Beschlüssen wurden verschiedene Momente mit in Betrachtung zu nehmen und die Beschlüsse nach dem Inhalt zu prüfen. In demselben Zusammenhang kam es bei der Beschlusse. Vorstand und Ausschluß fanden Zustimmung an Stelle von W. H. S. B. Berlin als erster Vorsitzender zu wählen, da W. H. S. B. seinen Aufgaben nicht gewachsen wäre. Die Mehrheit des Verbandes war aber anderer Meinung, sie wählte W. H. S. B. wieder. Als Sekretär wurde Karoline-Junkmann a. d. O. ernannt.

8. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

In der Nacht vom 9.-10. Juni hielt der Deutsche Transportarbeiterverband, der sich auf der letzten Generalversammlung 1910 die Verbände a. d. O. zum Ziel gesetzt hatte, seinen achten Verbandstag ab, der sich im Jahr 1911 abspielte. Der Verband machte sich zum Ziel, die Arbeiter der großen städtischen Betriebe durch. Er hatte 1911 23 324 Gew. und Arbeiter in verschiedenen, 1910 waren es 24 941, jedoch war durch die Folge des Zusammenstehens die Zahl von ungefähr 27 000 in dem Verband der Gewerkschafter und Arbeiter bereits eingeschlossen worden. Das Ergebnis lautet also, daß die Zahl der Mitglieder des Verbandes sich zu folgende Steigerung, der Verband hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 659 Mitglieder vermehrt und 115 000 Mitglieder, 300 000 Mitglieder, 100 000 Mitglieder und noch eine ganz erhebliche Anzahl von Mitgliedern in den verschiedenen Betrieben. Der Verband ist nicht zufrieden, denn die Mitgliederzahl ist von jetzt 150 000 auf gegenwärtig 212 000 in die Höhe gegangen, was gleichbedeutend mit der ungenügenden Beteiligung ist, die die Gewerkschafter der Arbeiter haben, da die Durchschnittszahl der aktiven Arbeiter im Jahre 1911 442 000, gegenüber 429 000 im Jahre 1909.

Der Verband hat in der Nacht vom 9. Juni 1910 und 1911 1774 Teilnehmer mit 122 267 Beteiligten gehabt, deren Unterstützung 1 152 000 Mt. betrug.

Angeht die in jeder Beziehung günstigen Entwicklung des Verbandes vollzogen sich die Debatte des Verbandstages über den vom Hauptvorstand erstatteten Rechenschaftsbericht in sehr harmonischen Formen. Entschneidende Meinungen sind zudem vom Verbandstage nicht bestritten worden, an den Beiträgen und dem Eintrittsgeld wurde nichts geändert, und infolgedessen empfahl auch das Unterstufenwesen nur ganz geringfügige Veränderungen.

Der Verbandstag brachte zwei Resolvente vom Vorstandsvorsitzenden Schumann über „Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch“ von Paul Müller über „Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes“. In der Diskussion über das erste Resolvent erhoben die Delegierten in flammender Empörung einen Protest gegen diejenige Eisenbahnbehörden, die in geradezu verbrecherischem Terrorismus Leute, die jahrzehntelange treue Dienste hinter sich haben, aus den Eisenbahnbetrieben herauszuschmeißeln, weil sie es wagen, freien Gebrauch vom gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht zu machen. In dem zweiten Resolvent wurde in großzügiger Weise ein sozialpolitisches Programm aufgestellt. — Beim Punkt „Wahlen“ wurden die Mitglieder des Hauptvorstandes alle einstimmig wiedergewählt und der Verbandssitz in Berlin belassen.

Korrespondenzen.

Karlstraße. Eine Muster-Fabrikordnung präsentiert die Lumpenfortverkaufs G. Mahler u. Söhne in Karlstraße der Arbeiterschaft. Die Vorlage zeigt, was die Arbeiter, die in unbegreiflicher Gedankenlosigkeit den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, von der Fiktion ihrer Ausbeuter zu erwarten haben. In der Einleitung findet sich die Bestimmung, daß die Fabrikordnung von den Arbeitern und Arbeiterinnen mit 50 Pf. bezahlt werden muß. Will sich die Firma Mahler u. Söhne nicht auch die Geschäftsbücher von den Arbeitern bezahlen lassen? Sehr bezeichnend ist auch die Bestimmung, daß jeder Arbeiter die Fabrikmarke, falls sie ihm in Händen kommt, mit 50 Pf. bezahlen muß. Eine weitere Bestimmung besagt, daß alle Strafen usw. vom Lohn abgezogen werden. Ueberschüssig sind die Strafbestimmungen bis ins kleinste Detail ausgebaut. Die Firma verlangt ferner Gehorsam und höchstes Interesse für das Wohlergehen der Fabrik. Sie nimmt weiter für sich das Recht in Anspruch, den Arbeitern jeden Tag neu festzusetzen. Dieses unzulässige Bestimmung und Strafrecht kann sie leider durchführen, weil ihr die Geistlichen der umliegenden Orte zur Verfügung stehen, wenn es gilt, einen Zusammenstoß der Arbeiterinnen zu verhindern. Als wir vor einigen Monaten mit der Initiative eintraten und die Arbeiterinnen zu einer Versammlung einluden, wurde am anderen Morgen durch Anschlag bekanntgegeben, daß alle, die den Einladungen Folge leisten würden, sofort entlassen seien. Die Firma kann sich eben derartiges erlauben, so lange sich die Arbeiter nicht eines Besseren besinnen. Wie wenig vorbildlich die Zustände in dem Betriebe sind, mag die Tatsache zeigen, daß ein großer Teil der Beschäftigten in verhältnismäßig jungen Jahren der Lungenentzündung zum Opfer fällt.

Polizei und Gerichte.

§ 2c. Majestäts der Streikbrecher. Es ist bekannt, daß die Streikbrecher im Ruhrrevier in einer Weise arbeiten, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Neugierigen, die sonst kaum beachtet, Handlungen, die in ruhigen Zeiten kein Mensch vor den Richter bringt, werden mit Strafen belegt, die geradezu ungeheuerlich genannt werden müssen. Ein besonders charakteristisches Urteil wurde in letzter Zeit gefällt. Ein Bergarbeiter wurde in Böhmen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl kein einziger Zeuge ihm eine strafbare Handlung nachweisen konnte und selbst der Vertreter der Anklage in Ansehung der Minderjährigkeit keinen bestimmten Strafantrag stellte. Das drakonische Urteil setzte alles im Gerichtssaal in erregtes Erstaunen, und die Frau des Angeklagten, die mit Sicherheit auf seine Freisprechung hoffte, mußte ohnmächtig aus dem Saale getragen werden. Die Urteilsbegründung steigerte aber die Erregung und das Staunen noch mehr. Darin heißt es: „Das Gericht hat unbedenklich festgestellt, daß Beder sich unter dem jüdischen Heubündler Vergleite begeben hat. Aus dieser Tatsache hat das Gericht dann den untrüglichen Schluß gezogen, daß Beder bewußt und gewollt begünstigt hat, was die anderen taten. Über alles, was seine Begleiter getan haben, fällt Beder zur Last. Er befindet sich in einer Art unzüchtiger Ritterlichkeit. Da das Anklagen Arbeitswilliger aber so ziemlich das Unerhörteste ist, was man sich vorstellen kann, hat das Gericht wegen Minderjährigkeit in Tateinheit mit Körperverletzung die erkannte Strafe für angemessen erachtet.“ Es ist natürlich ausgeschlossen, daß jemand über dieses Gerichtsurteil seine Meinung sagen kann, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß nach Ansicht des Böhmer Gerichts Einbrecher und Herabwürdiger harmlose Menschen sind gegenüber einem kämpfenden Arbeiter, der einem Streikbrecher „ausliefert“.

§ Freigesprochene Streikposten. Die leicht Strafbewertungen gegen Streikbrecher erlassen werden, wurde kürzlich in einer Sitzung des Landgerichtes in Bülow erwiesen. 26 Arbeiter, die am Streik in der Papierfabrik beteiligt waren, hatten eine Strafbewertung von 20 Mt. nebst 1,50 Mt. Kosten erhalten, weil sie am 13. und 14. Mai groben Unfug gemacht hätten. Der grobe Unfug aber bestand darin, daß sie Streikposten gestanden hatten. Selbstverständlich hatten sie gerichtliche Unterstützung beantragt. Allen Angeklagten wurden folgende drei Fragen vom Gericht vorgelegt: 1. Wer hat Streikposten gen. den? 2. Wer hat ruhestörenden Lärm beim Streikposten machen gemacht? 3. Wer hat Arbeitswillige belästigt? über die Anklage fiel total in sich zusammen. Selbst dem Anwalt standen die 26 Strafbewertungen auf so wichtigen Füßen, daß er es sich mit seiner Anklage nicht machte. Er sagte einfach: „Ich stelle die Sache ins Ermessen des Gerichts.“ In kurzer, ständiger Rede wies Rechtsanwalt Dr. Goldmann nach, wie leichtig diese Strafbewertungen sind. Der Gerichtsvorstand erlassen sind. Alle Arbeiter hätten ein Recht zum Streiken und Streikposten zu stellen. Das Reichsgericht hätte dieses ausdrücklich bestätigt, indem es das Unbedingte Urteil hinernicht als zu Unrecht aufgehoben habe. Auch trägt § 360, 11 absolut nicht zu. Es ist typisch, daß man hier 26 urteilfähigen, besonnenen Arbeitern Strafbewertungen auferlegt, die nur ihr gutes Recht ausüben. Er beantragte: Kostenlose Freisprechung und Erlass der notwendigen Anklagen, denn er könne beweisen, daß keine Strafbewertungen erhalten hätten, die gar nicht dabei gewesen wären, ja krank im Bett gelegen hätten. Das Urteil des Gerichts lautet: Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten trägt die Staatskasse. In der Begründung heißt es: Gegen die Angeklagten ist absolut nichts Strafbares erwiesen.

Eingegangene Schriften.

Der Kampf der Sozialdemokratie um die Vorkerschaft in Eilenburg. Unter diesem Titel hat das Gewerkschaftsblatt in Eilenburg eine kleine Schrift herausgegeben, die als Korrektur der im Vorjahre unter dem Titel „Die Vorkerschaft der Sozialdemokratie in Eilenburg“ von dem Untergruppen herausgegebenen Broschüre gedacht ist. Die Schrift zeigt an zahlreichen Einzelheiten, daß und wie die Unternehmer die Vorkerschaft über die Ursachen des Kampfes irreführend haben. Leider erscheint sie mindestens sechs Monate zu spät.

Die Schrift ist zu beziehen vom Gewerkschaftsblatt Eilenburg, Leipziger Straße 16.

Zur Beachtung für die reisenden Kollegen!

Die Bevollmächtigten und Unterstützungsanzähler dürfen nicht auf der Arbeitsstelle aufgegriffen werden. Sie geben da keinerlei Auskunft, zahlen auch keine Unterstützung aus.

Das Auffuchen eines Bevollmächtigten auf der Arbeitsstelle bringt also den reisenden Kollegen keinen Nutzen, kann aber Nachteile für den Bevollmächtigten haben und ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen.

Es hat kein Mitglied das Recht, Anzahlung von Unterstützung zu einer anderen als der vorgezeichneten Anzahlung zu verlangen.

Verbandsnachrichten.

Vom 11. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Herrnburg 1500,—, Gildesheim 500,—, Herbst 500,—, Striegau 400,—, Elm a. d. Donau 27,83, Etzbe 150,—, Neustadt a. d. O. 100,—, Lößnitz 62,84, Leipzig 2000,—, Berlin 1500,—, Eßlingen 800,—, Königsberg i. P. 500,—, Geisbach 500,—, Kolberg 300,—, Thale a. G. 4,50, Darmstadt 1050,—, Freiburg i. B. 300,88, Sireth 200,—, Rue i. Gröbe, 400,—, Schnebeck a. G. 500,—, Rahe a. G. 400,—, Alfeld a. d. R. 150,—, Dresden 22,—, München 3000,—, Berlin 1500,—, Seidenheim 700,—, Frankenthal (Pfl.) 500,—, Mutterstadt 350,—, Münsing 250,—.

Schluß: Montag, 17. Juni, mittags 12 Uhr.
Fr. Brunß, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:

Strehlen 2,—.
Berichtigung. In Nr. 23 muß es heißen: Krieg 1,—, nicht Duzlau. Duisburg 8,95, nicht für die Hauptkasse.

Zur Agitation

unter den Arbeitern der chemischen Industrie ist ein neues Flugblatt erschienen. Bestellungen sind umgehend an den Vorstand zu richten.

Durch den Vorstand können bezogen werden zu bedeutend ermäßigten Preisen:

- Dr. Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften.
- Dr. Aulemann, Die Berufsvereine. 3 Bände.
- „Korrespondenzblatt.“ 9 Jahrgänge (1891—99).
- „Proletarier.“ 3 Jahrgänge (1909—11).
- Protokoll vom 7. Gewerkschaftskongress in Berlin.
- Protokoll von der chemischen Konferenz.
- Protokoll vom 9. und 10. Verbandstage.
- Protokoll vom 1. bis 4. Verbandstage. Gebunden.
- H. Schneider, Gefahren der chemischen Industrie.
- Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen.
- Die Zustände im deutschen Fabrikwohnwesen.
- Unfallverhütungsvorschriften für die chemische Industrie.
- Der gelbe Sumpf.
- Statistische Schönfärbereien im Dienste des chemischen Kapitals.

Plakate.

Neue Plakate sind vorrätig und können vom Vorstand bezogen werden. Zahlreiche, die noch keine erhalten haben, werden ersucht, ihre Bestellungen einzureichen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
360 772	Bernhard Maggi	15. 4. 61	10. 7. 09	Stuttgart
443 375	Otto Wendisch	3. 12. 83	18. 11. 10	Jena
493 567	Max Saust	23. 6. 84	30. 8. 10	Magdeburg
Karten-Nr.				
206 795	Josephine Rajon	5. 6. 72	14. 8. 11	Audwigshafen

Ausgeschloffen

wurden die Mitglieder der Zastelle Nürnberg:

Leonhard Stöbel, Buch-Nr. 359 695.
Wolfgang Heider, Buch-Nr. 351 446.
Margarete Hamml, Buch-Nr. 447 130.
Joseph Engelhard, Buch-Nr. 65 444.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielt die Zastelle:

Hussach. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.
Soldegt. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Bielefeld. Bureau: Schulstr. 20, 1. Etg. („Volkswacht“).
Danzig (Gau V). Ferdinand Schulz, Danzig-Dhra, Schönfelder Weg 16.
Erfurt. Reiseunterstützung bei Karl Gutjahr, Salmenstraße 143, 1. Etg. 1., von 11—1 und 5—7 Uhr.
Pilsener Grund. Bureau vom 1. Juli 1912 an: Töhlen bei Pilschappel, Tharandter Straße 91 c. Telephonamt Teuben 2785.

Inserate.

Zahlstelle Hamburg.

Auf Antrag der Ortsverwaltung beschloß die am 14. Juni abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle, eine

Neuwahl der Belegierten zum Verbandstag

vorzunehmen. Die Wahl findet

am Sonntag, dem 30. Juni

statt. Alles Nähere ist aus dem Zirkular der Ortsverwaltung ersichtlich. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Göttingen.

Die Stelle des Geschäftsführers ist beilegt. Allen Bewerbern besten Dank.
Die Kommission.

Chemische Industrie

Der Wertrückgang in der chemischen Industrie.

Vergleichen wir die Betriebs- und Produktionsstatistik der chemischen Industrie mit der anderer Gewerbe, so erkennen wir sofort, daß sie den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, von dem Deutschlands Industrie Mitte des vorigen Jahrhunderts ergriffen wurde, im schnellsten Tempo durchmachte. Verhältnismäßig sehr spät setzte sich in der chemischen Industrie die Tendenz zur kapitalistischen Betriebsweise durch, aber heute ist in ihr ein viel größerer Prozentsatz der Betriebe Großunternehmen als in den anderen deutschen Gewerben. Die Gründe hierfür brachten wir bereits in den Artikeln, welche in Nr. 15 und 19 des „Proletariats“ erschienen.

Schon damals wiesen wir auf die merkwürdige Erscheinung hin, daß die Werte der chemischen Erzeugnisse großen Schwankungen unterliegen und eine sehr starke Tendenz zur Abwärtsbewegung zeigen. Als Unterlage unserer Untersuchung benutzen wir auch jetzt wieder größtenteils die amtliche deutsche Außenhandelsstatistik.

In der folgenden Tabelle sind die Werte pro Tonne der Ein- und Ausfuhr aller Erzeugnisse der chemischen Industrie wiedergegeben. Sie betragen in Mark:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Durchschnitt aus Ein- und Ausfuhr
1892	286,7	510,2	398,5
1895	242,4	506,7	374,6
1900	218,2	417,2	317,7
1907	224,7	213,1	218,9
1909	189,6	195,7	192,7
1911	184,5	187,6	186,1

Der Wertrückgang ist außerordentlich und beständig. Er beträgt pro Wert der Einfuhrtonne im Zeitraum 1892/1911 rund 35,6 Prozent, für die Ausfuhrtonne etwa 63,2 Prozent und für die Tonne im Durchschnitt 53,5 Prozent. Der große Unterschied zwischen den Wertrückgängen der Ein- und Ausfuhr erklärt sich daraus, daß die Einfuhr fast nur aus chemischen Grundstoffen und Halbfabrikaten besteht. Diese unterliegen daher nicht der Einwirkung der in der deutschen chemischen Industrie preissteigernden Faktoren. In der deutschen Ausfuhr chemischer Erzeugnisse kommen sie sehr stark zum Ausdruck, weshalb hier der viel raschere Preisrückgang als bei der Einfuhr.

Den sich in obiger Aufstellung spiegelnden Wertrückgang finden wir in fast keiner deutschen Industrie wieder. Dagegen zeigen die Produkte der meisten dieser bedeutende Preissteigerungen. So ging z. B. im Zeitraum 1890/1909 der Preis einer Tonne deutscher Steinkohle um rund 33,3 Prozent hinauf, der einer Tonne Roheisen in der Periode 1892/1910 ca. 20 Prozent. Ähnlichen Preissteigerungen begegnen wir in fast allen anderen Industriezweigen.

Die Ursache für die großen Preisrückgänge der Erzeugnisse chemischer Industrie ist im allgemeinen dieselbe, welcher sie ihre großartige Entwicklung verdankt. Sie beruht hauptsächlich auf der außerordentlich engen Gemeinschaft, zu der Fabrikations-technik und Naturwissenschaft sich in der chemischen Industrie vereinigen. Fortgesetzt sucht man die Herstellungsmethoden zu vereinfachen, womit natürlich eine Verbilligung der Erzeugnisse verbunden ist. Scheinbar nutzlose Stoffe gewinnen durch wissenschaftliche Entdeckungen ungeachtete Werte, und die aus ihnen bereiteten Waren schlagen andre wegen ihrer Billigkeit aus dem Felde. Jede Fabrik sucht alle möglichen Erzeugnisse in ihren eigenen Betrieben herzustellen und drückt durch ihre Konkurrenz auf dem Markte weiter den Preis. Die Produktion steigt ungeheuer, wodurch wiederum ihr Wert herabgesetzt wird. Eine Ware wird um so billiger, in je größeren Mengen sie angeboten werden kann.

Vor allem wirkt aber die Vereinfachung und Verbilligung des Produktionsverfahrens preisdrückend. So kostete z. B. die in England aus der Asche von Meeressalgen hergestellte Kristallfälsche pro Tonne 1200 Mk. Nach Einführung des Leblanchverfahrens sank der Preis auf 360 Mk. im Jahre 1823, fiel weiter auf 220 Mark im Jahre 1860. Durch die Anwendung des Ammoniak-

verfahrens wurde um 1885 der Preis herabgedrückt bis auf 80 bis 95 Mk. pro Tonne. Die Herstellungskosten der Schwefelsäure beliefen sich 1800 auf 43 Pf. pro Kilogramm. Heute ist die Technik ihrer Fabrikation so weit vorgeschritten, daß die Herstellungskosten nicht ganz 1 Pf. ausmachen.

Freilich ist es nicht allein die Verbesserung der Produktionsweise, welche die Preise der chemischen Erzeugnisse erniedrigt. Auch die Verbilligung der Rohstoffe und des Transportes, die Massenproduktion und der Konkurrenzkampf der Fabriken untereinander bleiben auf die Höhe des Preises nicht ohne Einfluß. Aber in der Hauptsache ist es doch der gemeinsame Fortschritt der Technik und Wissenschaft in der chemischen Industrie, welcher die Preisrückgang nach unten treibt.

Wir geben nunmehr im folgenden eine Zusammenstellung der Tonnenwerte einiger wichtiger chemischer Erzeugnisse, die von der deutschen Produktionsstatistik erfaßt werden. Es kostete in Mark pro Tonne:

Jahr	Chloralium	Kalifalze
1890	129,5	12,9
1895	127,5	13,6
1900	129,6	12,8
1905	119,1	11,9
1907	112,3	11,6
1909	109,2	11,5

Die Tendenz zum Sinken des Preises ist unverkennbar. Für Chloralium und Kalifalze fällt er zwar sehr langsam, aber doch stetig. Es ist dies eine Folge des natürlichen Monopols, das die Kaliumindustrie besitzt. Kalifalze kommen fast nur in Deutschland vor. Zudem sind sämtliche Kalifabriken und Bergwerke, einschließlich der staatlichen, in einem Syndikat zusammenschlossen, in dessen Macht es steht, die Preise bis zur vorgeschriebenen Maximalhöhe zu „regulieren“. Neuerdings durchliefen zwar Nachrichten über große Kalifunde in ausgetrockneten nordamerikanischen Seen die Presse. Sollten sich diese Nachrichten bestätigen, so wäre es natürlich mit der deutschen Kalifertigkeit vorbei, denn gerade Nordamerika ist Hauptabnehmer der deutschen Kaliumindustrie, deren Erzeugnisse es hauptsächlich für seine riesige Landwirtschaft benötigt.

Sehr stark zurückgegangen ist auch der Preis für Schwefelsäure. Er betrug für die zur technischen Verwendung gelangende Säure nach G. Müller: „Die chemische Industrie“, im Jahre 1875 pro Tonne 66 Mk., 1885 39 Mk., 1895 27 Mk. und sank weiter bis 1905 auf 23 Mk.

Die folgende tabellarische Uebersicht zeigt uns die Werte der Fabrikate aus der Teerfarbenindustrie, deren Produktionsentwicklung sich am schnellsten vollzog. Da genaue Produktionsangaben nicht vorhanden sind, benutzen wir als Unterlagen wiederum die Ausweise der Außenhandelsstatistik. Danach betrug der Wert pro Tonne in Mark:

Erzeugnis	Einfuhr		Ausfuhr		Prozentualer Verlust der Einfuhr	
	1892	1911	1892	1911	Einfuhr	Ausfuhr
Teerfarbenindustrie	3410,3	2443,9	3077,6	2142	— 28,3	— 30,4
Anilin und andre Teerfarbstoffe	4899,6	2399,9	4900	2216	— 51	— 54,5

Dieser gewaltige Wertverlust findet seine Erklärung fast ausschließlich in der Verbesserung der Technik. Aber auch der Konkurrenzkampf der Fabriken untereinander beeinflusste das Preisniveau. Wie sehr gerade die Verbesserung der Produktionsverfahren und die Entdeckungen der Wissenschaft preisdrückend wirken, sei an besonders krassen Beispielen klar gemacht.

Der aus der indischen Indigopflanze gewonnene Farbstoff kostete im Jahre 1896 durchschnittlich 10 502 Mk. pro Tonne. In diesem Jahre erschien das auf künstlichem Wege hergestellte Indigo auf dem Markte; sofort sank der Preis. 1897 wurde die Tonne Indigo mit 9000 Mk. bezahlt, 1900 kostete sie nur noch 7253 Mk., 1905 war der Preis auf 5103 Mk. gesunken, während 1911 die Tonne ungefähr 1991 Mk. erbrachte. Die Folge dieses rapiden Wertrückganges ist der allmähliche Untergang der indischen Indigopflanzungen, der sich mehr und mehr beschleunigt. Im Jahre 1876 kam das künstliche Vanillin zum Preise von 7000 Mk. pro Kilogramm in den Handel, 1877 kostete es 4000 Mk., 1880 1600 Mk., 1890 700 Mk., 1900 80 Mk., 1902 stellte sich der Preis auf nur noch 60 Mk. pro Kilogramm. Ebenso schnell fiel

der Wert der Salizylsäure. Im Jahre 1885 betrug er für die exportierte Tonne 12 961 Mk., 1905 dagegen knapp 2147 Mk.

Für die Unternehmer ist natürlich dieser große Preisrückgang ein willkommener Argument, um Erhöhungen der schlechten Löhne in der chemischen Industrie abzulehnen. Aber die chemischen Unternehmen werfen trotz der Wertverminderung ihrer Erzeugnisse gewaltige Profitorate für die Besitzer ab. Sie wären daher sehr wohl in der Lage, die Arbeiterlöhne zu erhöhen. Da sie es freiwillig nicht tun, ist es Pflicht für jeden Gifthaltenproletarier, durch Eintritt in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands die Organisation zu stärken, damit sie eher in die Lage kommen, zu erzwingen, was die Unternehmer freiwillig zu geben sich weigern.

Noch eine mißglückte Verteidigung der chemischen Kapitalisten.

In dem Artikel: „Ein Regierungsrat als Verteidiger des chemischen Kapitals“ wurde schon darauf hingewiesen, daß die „chemische Industrie“ die „objektive“ Bepreisung „womöglich in etwas verbesserter Form nachdruckt.“ Soweit sie sich b. auf die Einwendungen Seymanns beschränkt, habe ich keinen Anlaß, darauf zu erwidern. Meine Entgegnung in den „Mitteilungen“, die in voriger Nummer auszugswürdig mitgeteilt wurde, dürfte jeden wirklich objektiven Beurteiler davon überzeugt haben, daß Seymanns Kritik nicht nur höchst einseitig, also tendenziös, ist, sondern auch so grobe Unrichtigkeiten enthält, daß sie als wissenschaftlich einwandfrei gewiß nicht bewertet werden kann. Die „chemische Industrie“ beschränkt sich jedoch in der dritten Fortsetzung ihrer durch die dritte Hand begünstigten Kritik nicht auf die bloße Wiederholung; sie fügt vielmehr einige Behauptungen hinzu, die mich zu ebenfalls feststellungen nötigen.

Dr. Seymann hatte in seiner Besprechung das Kapitel „Preisveränderungen“ mit wenigen Bemerkungen abgetan. Die unwiderleglichen Feststellungen und die Schilderungen aus einigen Betrieben nötigten ihn nur vorlegende Bemerkungen ab. Die „chemische Industrie“ will jetzt in die Lücke springen. Sie schreibt: „Nach genauen Feststellungen handelt es sich um drei Fabriken, von welchen die Fabrik A im Saaz, die Fabriken B und C in Thüringen liegen.“ Ich ziehe aus diesen „genauen Feststellungen“ zunächst den Schluß, daß die Unternehmer das Erscheinen der „Gefahren der Arbeit“ zum Anlaß eingehender Ermittlungen genommen haben. Das ist sehr erfreulich; denn es zeigt, welche Bedeutung die Herren der Schrift beimessen. Weniger erfreulich ist das Ergebnis dieser „genauen Feststellungen“. Wenn es z. B. heißt: „Die Fabrik A hat Schneider, entgegen seiner Behauptung, nicht besucht, es ist ihm vielmehr vom Besitzer derselben die Besichtigung der Fabrik verweigert worden“, so ist das eine glatte Unwahrheit. Der Besitzer der Fabrik hat mir die Besichtigung schon deshalb nicht verweigern können, weil ich — ihn gar nicht gefragt habe. — Ferner heißt es in dem Nachforschungsverlauf:

„Wenn aber tatsächlich die Verhältnisse in den Fabriken A und B auch nur annähernd so lägen, wie Schneider sie darstellt, dann ist wohl die Frage berechtigt, warum er nicht sofort Anzeige bei den Gewerbeaufsichtsbehörden gemacht hat. Der Verfasser würde dann sehr bald darüber belehrt worden sein, daß für die Kommerzarbeiter bei diesen Fabriken, die beide in einer industriearmen Gegend liegen, besondere Verhältnisse bestehen, welche die Verwendung von Gelegenheitsarbeitern unvermeidbar machen, und daß auch die Nacharbeit in diesen Betrieben aus gleichen Gründen nicht ganz entbehrt werden kann.“

Dieses Verlegenheitsprodukt ist höchlich. Also wenn die Verhältnisse „auch nur annähernd“ so lägen, wie ich schildere, dann hätte ich Anzeige erstatten müssen. Hätte ich das getan, so würde ich es erfahren haben, daß sie, der „bestehenden Verhältnisse“ halber, — ja! — so liegen müssen, wie ich sie geschildert habe. Es muß den Verteidigern der Unternehmer doch fürchterlich schwer fallen, auf meine Feststellungen zu erwidern. Wie könnten sie sonst soviel logische Kopfschütteln machen! Sollte den Herren übrigens nicht bekannt sein, daß die Verwendung der Wanderarbeiter beim Ausräumen der Bleikammern in fast allen Bleiweißfabriken, auch im gewiß nicht industriearmen Kölner und Düsseldorfser Bezirk üblich ist? Auf den Seiten 34 und 36 meiner Schrift finden sich darüber ausführliche Tabellen.

Die Angaben über den Arbeiterwechsel in Fabrik A sind total falsch, wenn sie dieselbe Fabrik betreffen, die ich mit A bezeichnet habe. Die Berufung auf die Personalstatistik der Bleifarbenfabriken ist eine grobe Irreführung der Deffenlichkeit, die nur einschulbar ist, wenn der Verfasser der Abhandlung die tatsächlichen Verhältnisse absolut nicht kennt. Die weitere Behauptung: „Die in der Schneiderischen Schrift angegebenen Zahlen über den Arbeiterwechsel in der deutschen Bleiweißindustrie überhaupt sind unrichtig“ ist dumm; denn ich habe nirgend Zahlen über die „Bleiweißindustrie überhaupt“ angeführt, sondern nur solche über einzelne Betriebe und Bezirke, und die sind den Berichten der Gewerbeinspektoren entnommen, also „amtlich“.

Weiter wendet sich die „chemische Industrie“ gegen die von mir noch während der Ausstellung auf dem Gewerbeschäftkongress

Der Ausweg.

Als zweiter Band der Sammlung vollständiger Romane, die der Vorwärtsverlag herausgibt, ist eine Erzählung von Ernst Prezzang*) erschienen, die unsern Mitgliebrn, ganz besonders aber den Arbeitern und Arbeiterinnen der chemischen Industrie, aufs wärmste empfohlen werden kann. Nicht nur, weil der Stoff, den Prezzang behandelt — das Elend der Arbeiter der chemischen Industrie — uns besonders nahe angeht, sondern auch, weil Form und Aufbau der Erzählung sehr hohen Ansprüchen genügt.

Der Aufbau der Handlung ist klar und schlicht. Nirgend findet sich auch nur der Versuch, die Aufmerksamkeit des Lesers durch „spannende“ Ereignisse zu wecken. Diesen ehrlichen Verzicht auf die technischen Kniffe scharverleender Erzähler kann sich nur leisten, wer den Stoff knifflerisch zu formen vermag. Prezzang kann das. Zudem verfügt er über eine scharfe Beobachtungsgabe. Die Personen in seiner Erzählung sind so lebenswahr geschildert, daß man sich unwillkürlich sagt: Den und den und den kennt du. Prächtig gezeichnet ist auch die Verschiedenheit der Charaktere der beiden Direktoren der chemischen Fabrik der bräunlich-weißen Heberlein ist ebenso ein Typ wie der flug-diplomatisierende Jonas.

Das Gerippe der Erzählung ist kurz folgendes: Der junge, ideal veranlagte Arzt Nolten hat, trotz seiner Jugend, eine starke Praxis. Die Arbeiter der benachbarten chemischen Fabrik stellen den Hauptteil seiner Patienten. . . . tote, blinde, halbblinde Gesichter, verzerrt und zerissen, mit Narben bedeckt, verbrannt und von Säuren und Krantheit zerfressen; mit bloßgelegten Adern, entzündeten Augen, Geschwüren und zertrümmerten Zähnen . . . füllen seine Sprechstunden. Das ungeheure Elend der Menschen, die Erkenntnis, daß die ärztliche Kunst kaum mildern, geschweige denn heilen kann, bringt den jungen Arzt zum Nachdenken über die tieferen Ursachen dieses Jammers. Zwar wünscht er, daß „der Arzt den Menschen in eine Kiste packen und auf den Boden stellen“ könnte, um den nagenden, zerdrückenden Wirkung dieses Nachdenkens zu entgehen, aber das Streben, zu helfen, und der Drang nach Wahrheit sind stärker als die Neugier auf das eigene Wohlergehen.

Eine Explosion in der chemischen Fabrik führt den Arzt mit dem

„alten Griegul“ zusammen. Das ist ein sozialistisch gesinnter Arbeiter, der sich durch eifriges Studium und selbständiges Denken eine abgeklärte Welt- und Lebensauffassung erworben hat, deren Sicherheit den jungen Arzt zunächst verblüfft. Was er in Stunden ersten Nachdenkens nur unsicher und ängstlich zu formen suchte, stellt dieser einfache Arbeiter als ganz klar und selbstverständlich hin: die Kunst des Arztes kann hier und da einen kranken Körper reparieren, aber was nützt das, wenn die gesellschaftlichen Zustände die Menschen immer wieder in Verhältnisse zwingen, die Gesundheit und Leben zerstören! „Wenn Sie einen lungenkranken Arbeiter in Behandlung haben und Sie möchten ihm eine andre leichte Arbeit oder Italien oder Ägypten verschreiben, Sie haben aber bloß ganz gewöhnliche deutsche Luft und Knechtspillen, und nachher wieder chemische Fabrik zur Verfügung — was ist das? Oder Sie möchten den kranken Kindern helfen, die hier zu Dampfen herumlaufen, und können ihnen an Stelle einer hellen, trocknen Wohnung und kräftiger Nahrung bloß Lebertran spendieren — denn — ja, Herr Doktor, das ist doch Siphypusarbeit!“ Diese unbarmherzig folgerichtige Argumentation des alten Griegul erschreckt den Arzt. Wie ein Alp legt sich auf seine Brust, daß sein ganzes Können, sein eifriges Wollen, seine nimmer rastende Arbeit im Grunde vergeblich ist. Verzweifelt sucht er nach einem Ausweg, aus dem „Berber der hundertjährigen Kisten“, nach Mitteln, dem Elend dauernd zu steuern. Aber die Größe des Elends spottet all der kleinen Mittel, mit denen die sogenannte Menschlichkeit Tag um Tag am Markte steht. . . . Wenn man die sittlichen Kräfte der Besten aufreißt, wenn man mit unwiderlegbaren Gründen anknüpft bei denen, die maßgebend und einflussreich sind — es müßte doch komisch zugehen, wenn wir nicht doch schließlich den Stein über den Berg brächen“ — so verteidigt Nolten seinen Glauben an die Hilfe von oben gegenüber dem spottenden Griegul. Dann läßt er sich der Diktation der Fabrik melden. Mit einem Herz voll Menschenliebe und einer Klappe voll statistischen Material über den Gesundheitszustand der Arbeiter, über den mörderischen Einfluß der Gifte tritt er dem Direktor Heberlein gegenüber. Doch der kalt rechnende Direktor hat für den warmherzigen Menschenfreund nur Spott und Hohn. Nolten fordert Belehrung der Arbeiter. „In den besonders gefährlichen Abteilungen müßte ferner die Arbeitszeit verkürzt, die Wohnungen müßten aus dem Dunstbereich der Fabriken verlegt werden. Löhne, die eine kräftige Ernährung ermöglichen, würden den ungünstigen Einflüssen ebenfalls entgegenwirken . . .“

„Dann würde man mich in der nächsten Generalversammlung unserer Gesellschaft davonjagen. Und das mit vollem Recht“ höhnt der Direktor.

Enttäuscht und verbittert über so viel Härte und Grausamkeit kehrt Nolten von der Unterredung zurück. „Wer war diese Generalversammlung? Leute, die irgendetwas, weitaus von der Fabrik, wohnen, die sie zum größten Teil nie gesehen hatten — Aktionäre, denen es darum ankam — und nur darauf ankam — einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen.“ Und dem Gemeintinteresse dieser Menschen wurde die Gesundheit der Arbeiter bedingungslos untergeordnet.

Noch hat Nolten den Glauben nicht ganz verloren. Er will seine Erfahrungen in einer medizinischen Zeitschrift veröffentlichten, das allgemeine Interesse damit auf die Zustände in der chemischen Fabrik hinlenken. Da fordert ihn der Vorsitzende des Arbeiterausschusses auf, in einer Versammlung der Arbeiter über seine Erfahrungen zu reden. Nach einigem Schwanken nimmt er den Vorschlag an. Die Versammlung ist überfüllt; auch Heberlein ist anwesend, sagt jedoch nichts. Schon am nächsten Tage zeigen sich die Folgen des Vorgehens. Nolten wird zu einer Besprechung mit den beiden Direktoren des Werkes geladen; er soll „den Sturm, den er heraufbeschworen“ hat, beschwichtigen. Seiner Weigerung folgt die Drohung mit der Hungerpeitsche. Die Fabrik will aus der Krise aussteigen und eine eigene Betriebsklasse gründen. Den Arbeitern ergeht es nicht besser. Die Leiter der Versammlung werden entlassen, weitere Maßregelungen in Aussicht gestellt.

Diese Brutalitäten bringen die bis dahin geduldige Arbeiterchaft in Aufruhr. Sie antwortet auf die Maßregelungen mit Einstellung der Arbeit und sie stellt zugleich Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Noch einmal versucht Nolten den Beweis zu erbringen, daß die Bourgeoisie die Kraft und den Willen hat, den Arbeitern zu helfen: er appelliert an ihre Opferwilligkeit zur Unterstützung der Streikenden. Das Ergebnis ist lächlich. Aber die Arbeiter können die Hilfe entbehren. Die Organisation steht hinter ihnen, schließt und stützt sie. Nach wenigen Wochen muß die harte Diktation nachgeben. Die Arbeitszeit wird verkürzt, der Lohn erhöht, die Entlassenen werden wieder eingestellt. Jetzt sieht Nolten den Ausweg aus der Not und dem Elend, jetzt erkennt er, daß die Hilfe nicht von oben, sondern von unten kommen muß, daß nicht die soziale Einsicht der Besitzenden, sondern die ökonomische Einsicht der Besitzlosen die Vorbedingung für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist.

Dieser Schluß wird aber durchaus nicht etwa in unkämpferisch-aufbringlicher Weise der Erzählung angehängt; er wächst vielmehr als ganz selbstverständlich aus ihr heraus. Und das ist ein weiterer Grund, dem prächtigen Buche zahlreiche Leser zu wünschen.

*) Der Ausweg, Erzählung von Ernst Prezzang, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Preis gut gebunden 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

in Dresden gemachte und vom Kollegen Brey am 20. März im Reichstag wiederholte Feststellung, daß die von den Eisenbahnfabrikanten angefertigte Tabelle und die ausgelegte Broschüre unrichtige Zahlen enthielt, die nach meinem Einspruch geändert wurden. Die Unrichtigkeit der Zahlen und die Tatsache, daß sie geändert wurden — also die Umstände, auf die es ankommt — gibt die „Chemische Industrie“ offen zu. Sie behauptet jedoch, die Fehler seien vor meinem Einspruch bemerkt und ohne mein Zutun geändert worden. Es heißt: „Der Irrtum in den beiden letzten Vergleichskolumnen der Statistik wurde von den Herausgebern vor Fertigstellung der Drucklegung gefunden.“ Nun kann ich selbstverständlich weder behaupten noch beweisen, daß die Veränderung vorgenommen wurde, weil ich Einspruch erhob, wohl aber, daß sie vorgenommen wurde, zwei Tage nach meinem Einspruch. Wenn die Fehler aber wirklich schon vor Fertigstellung der Drucklegung entdeckt worden, wie kam es da, daß die Tafel mit den falschen Zahlen noch am 30. Mai, also fast 4 Wochen nach Eröffnung der Ausstellung, ausging und ebensolange die Broschüren herumlagen? Und jetzt zwei Tage nach meinem Einspruch gegen die Richtigkeit kommt der Maler und pinxelt neue Zahlen an die Tafel. Die einfache Feststellung dieser unbestreitbaren Tatsachen macht jede weitere Nachprüfung der Behauptungen in der „Chemischen Industrie“ unnötig. Man muß sich nur wundern, daß die Schildhalter der Eisenbahnfabrikanten, nachdem sie 12 Monate Zeit hatten, über ihre Verteidigung nachzudenken, mit einer so windigen Ausrede kommen.

So viel zu den Behauptungen, mit denen die „Chemische Industrie“ die festgestellten Rechtfertigungsversuche Leymanns erweitert. Das übrige haben wir in der vorigen Nummer mit erlebt. Bei dieser Gelegenheit noch eins: In Nr. 14 des „Proletariats“ ist unter der Überschrift: „Kapitalismus und Moral“ einiges über Korruption und Korruptionsverbrechen in der chemischen Industrie veröffentlicht. Diese Feststellungen haben sehr viel Aufsehen erregt. Viele Tagesblätter haben den Artikel, oder doch einen Teil daraus, nachgedruckt. Die zahlreichen Bestellungen, die auf die Nummer eingingen und noch eingeht, haben gezeigt, daß man in weiten Kreisen auf den Artikel aufmerksam geworden ist. Die „Chemische Industrie“ hat es aber noch nicht für nötig befunden, sich zu dem Inhalt zu äußern. Ob es ihr allzu genehmlich ist, zu zeigen, wie „es gemacht wird“? Oder weiß man etwa gar schon, daß die Herren, die mit so brutalem Zynismus die Wissenschaft zur Kurie des Kapitals herabwürdigten, zu den führenden Männern der chemischen Industrie gehören?

Schneider.

× Die Würdigung unserer Agitationsarbeit in der chemischen Industrie.

Über die Arbeiterverhältnisse speziell in den Betrieben der chemischen Industrie berichtet das „Berliner Jahrbuch für Handel und Gewerbe“, Jahrgang 1911, wie folgt: „Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern waren im Berichtsjahre nicht befriedigend. Ist auch nur von vereinzelten Arbeitsmißverhältnissen (z. B. Badische Anilin- und Soda-Fabrik) zu reden, so muß doch erwähnt werden, daß in einer geradezu verheerenden Weise von Hannover aus versucht wurde, die Arbeiter der chemischen Industrie zu organisieren. Man sieht sich nicht, Unwahrscheinlichkeiten zu behaupten, um die Arbeiter zu organisieren und Unfrieden zu stiften.“ Man sieht, die Verhältnisse des „Proletariats“ über die Arbeiterbehandlung und Entlohnung sowie die Gesundheitsgefahren in Betrieben der chemischen Industrie hat die Schatzkammer arg verknüpft. Nicht unangelegentlich mag ihnen auch sein, wenn der jährliche Durchschnittslohn der Arbeiter mit dem pro Arbeiter erzielten Nettogewinn, eventuell der gezahlten Dividende, in Vergleich gebracht und veröffentlicht wird. Aber mit der Behauptung, „man sieht sich nicht, Unwahrscheinlichkeiten zu behaupten, um die Arbeiter zu organisieren und Unfrieden zu stiften“, sind die Mitteilungen des „Proletariats“ noch nicht widerlegt. Er hält alle seine Mitteilungen und Behauptungen aufrecht, und er wird mit diesen Mitteilungen und Organisationsbestrebungen so lange fortfahren, bis keine Mißstände mehr vorhanden sind.

Ⓞ Zement- und Ziegel-Industrie Ⓞ

Reaktionspläne der Ziegeleibesitzer.

Wenn sich die Ziegeleibesitzer versammeln, so kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß sie bestrebt sind, Ränke gegen die erwachsende Ziegeleiarbeiterorganisation zu schmieden. So geschah es auch kürzlich in der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller, die in Berlin tagte. In dem Geschäftsbericht wurde hervorgehoben, daß bis jetzt in der Ziegelindustrie noch keine Arbeiterorganisation vorhanden sei, die so viel Einfluß besitze, um mit ihr verhandeln zu können, und seien aus diesem Grunde auch die Lohnforderungen der „christlich organisierten Arbeiter“ abgelehnt worden. Man war aber überzeugt, daß es dabei nicht bleiben werde, daß vielmehr auch die Ziegeleiarbeiter auf dem Wege nach dem Lager der Rebellion seien, und dem müsse entgegengetreten werden.

Als besten Schutz gegen die heraufziehende Gefahr der Ziegeleiarbeiterorganisation betrachtete die Versammlung die vaterländische Arbeiterbewegung. Ein Herr Schöde, Syndikus dieser vaterländischen Gesellschaft, hielt einen Vortrag, in dem er, wie der Bericht betont, ein „ausgezeichnetes Bild vom Klassenkampf und den sozialistischen Lehren“ gab und dabei die Vorgänge der vaterländischen Arbeiter schilderte. Seine Ausführungen lauten er am Schluß in folgende Grundzüge zusammen:

„Die bisher bestehenden Gewerkschaften sind bei ihrem an sich berechtigten Bestreben, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, in die falsche Bahn des Klassenkampfes gedrängt worden. Die notwendige kulturelle und wirtschaftliche Hebung der deutschen Arbeiterschaft kann nur durch gemeinsame Arbeit aller Volksgenossen gefördert werden, während der Klassenkampf mit seinen betrüblichen Begleiterscheinungen, wie Arbeitseinstellungen, Auspöhrungen, Verurteilungen, ein Verbrechen gegen die geistige und soziale Entwicklung ist.“

Mit diesen „vaterländischen Grundzügen“ wird also gesagt, die Ziegeleiarbeiter seien bei ihren Bestrebungen nach mehr Brot und Recht selber auf falscher Bahn gewandelt; sie hätten, so fern sie sich dabei der Arbeitseinstellung bedienten, ein Verbrechen an der sozialen Entwicklung begangen. Die Hebung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage dürfe nur durch „gemeinsame Arbeit“, das heißt im Einverständnis der Ziegeleibesitzer, geschehen. Der Mann könnte von seiner „vaterländischen“ Kränklichkeit am besten geheilt werden, wenn ihm eine zwangsweise Kur als Arbeiter in einer Ziegelei mit 12stündiger Arbeitszeit und der üblichen Ziegeleiart verabreicht würde.

Daß die Ausführungen des „Vaterländers“ bei den Ziegeleibesitzern heimlichen Beifall fanden, ist erklärlich. Kann kann dieser aber den Ziegeleibesitzern keine vaterländische Arbeiter liefern, sondern die jetzigen Ziegeleiarbeiter sollen erst zu solchen Elementen, die den Streit als Verbrechen betrachten, umgestaltet werden. Wie das geschehen soll, hat als zweiter Redner ein Bergarbeiter von Geminaki aus Weiswasser (O.-L.) verraten. Es sollen in allen größeren Ziegeleien vaterländische Arbeitervereine gegründet werden. Kleinere Ziegeleien sollen begründet werden.

zusammengelegt und die Arbeiter zum Eintritt bewegt werden. Derselbe Herr, der wenige Minuten früher behauptete, das Koalitionsrecht der Arbeiter sei durch die Gewerkschaften zum unerträglichen Koalitionszwang geworden, verlangt hier mit düren Worten, die Ziegeleiarbeiter müßten zum Eintritt in die vaterländischen Vereine „bewegt“ werden. Daß es bei dieser „Bewegung“, die doch hauptsächlich von den Ziegeleibesitzern ausgeht, ohne Zwang abgeht, wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen.

Damit nun die neugeborenen „vaterländischen“ Ziegeleiarbeiter auch mit dem nötigen Geiste der Unterwürigkeit und Harmonie erfüllt werden, soll ihnen im ersten Jahre auf Kosten der Ziegeleibesitzer das „Deutsche Volksblatt“, ein konservativ-pastorales Organ, geliefert werden. Nach Ablauf eines Jahres gedenkt man die „vaterländischen“ dann so weit gedreht zu haben, daß sie das Blättchen selbst bezahlen. Es ist das jedenfalls starker Tabak. Natürlich fanden diese Ausführungen bei den Ziegeleibesitzern „zündenden Beifall“, und der Ziegeleibesitzer und Stadtrat Vogel aus Herne i. Westf. trat besonders für diese nationale Sache ein, durch die, wie er meinte, „Großes erreicht“ werden könne. Ohne Zweifel sah er schon im Geiste einen großen gefüllten Geldsack. — Ein anderer Redner (wahrscheinlich ein Ziegeleibesitzer aus Eilenburg) empfahl, so schnell wie möglich an die Gründung vaterländischer Vereine heranzugehen und diese zu unterstützen, damit der Sozialdemokratie entgegengetreten werde. In Eilenburg habe die Gründung eines solchen Vereins sofort zum Streit geführt, der jedoch erfolglos verlaufen sei.

Herr Schünhoff, Ziegeleibesitzer in Garbsen bei Hannover, schlug darauf vor, die Frage, ob es zweckmäßig sei, die Ziegeleiarbeiter in der vorgetragenen Weise zu organisieren, im Ausschuß des Verbandes der Tonindustriellen zu prüfen, was denn auch angenommen wurde. Der Ausschuß, dem die Herren Vielesfeld-Heckermünde, Suthhof-Stade, Falk-Gravendenz, Perlewiecz-Ludwigsberg, Sturm-Freiwaldau, Buschmann-Charlottenburg, Dümmler-Steglich, Ehrhard-Weimar, Friedrichs-Gotha, Giesemann-Dahlem, Heidepriem-Rathenow, Jaeserich-Berlin, Lewinski-Weiswasser, Martini-Sommerda, Sandner-Hennigsdorf, Schmelzer-Magdeburg, Schmidt-Freienwalde, Wegner-Böhren, Weidemann-Posen, Damschler-Braunschweig, Ritter-Wallau, Spies-Göttingen, Vogel-Herne, Westerkörle-Düsseldorf, Heyne-Darmstadt, Koppisch-Kolbemoor, Madle-Oberhausen, Reiß-Strasburg, Rüder-Weinsheim und Schultheiß-Spandorf angehören, hat denn auch in einer Sitzung die Sache erwogen und den Beschluß gefaßt, die Unterstützung der Bestrebungen der vaterländischen Arbeiterbewegung energisch in die Wege zu leiten.

Nun kann's also losgehen! Die Ziegeleibesitzer und ihre Böldlinge sind, wie verschiedene Anzeigen beweisen, schon eifrig daran, die Stimmung ihrer Arbeiterschaft zu sondieren, um herauszufinden, welche Arbeiter sich am besten als Rekrut für die vaterländische Schaffherde eignen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich in zahlreichen Betrieben einige Elemente finden, die aus den verschiedensten Gründen bereit oder gezwungen sind, die ihnen zugebotene schmähliche Rolle zu übernehmen. Aber allzu großen Schaden wird die vaterländische Suche nicht anrichten, da ihr schon durch den enormen Arbeiterwechsel eine enge Grenze gezogen ist. Sind unsere Kollegen dazu noch überall auf dem Posten, so wird aus der geplanten Schutztruppe des Geldsacks nur eine Mißgeburt, eine Plage des Geldsacks werden.

In dem Bericht wurde dann noch auf das farbige Geldentblatt für Arbeiter hingewiesen und betont, daß sich die Verleihung des Blattes sehr gut bewährt habe. Bis jetzt seien etwa 950 solcher Diplome für treue Arbeit verteilt worden. Das Diplom soll stets bei feierlichen Gelegenheiten den Arbeitern überreicht werden. Nur ein einziger Arbeiter habe die Annahme des Diploms verweigert. Also doch einer, der den Zweck dieser Bildergeschichte durchschaute und rüdegräufig dafür dankte. Natürlich wird unter den 950 Diplomeempfängern noch mancher sein, der den farbigen Silberbogen mit gemischten Gefühlen hinnahm, aber keiner fand mit Rücksicht auf das Alter der rötigen Mut, um das Ding zurückzuweisen. So hängt es denn an der Wand, ihn jeden Tag vorzuführen an sein Arbeitsloch erinnernd. Und um solch bemalten Fetzen Papier nutzen die Unternehmer dem Arbeiter zu, auf alle menschlichen Rechte zu verzichten und allezeit ein getreuer Skolast seines „Herrn“ zu sein.

Als wirksame Maßregel gegen den Arbeiterwechsel wurde die Einrichtung von Arbeiterwohnhäusern empfohlen, mit denen besonders die Zechen gute Erfahrungen gemacht hätten. Mit Rücksicht darauf, daß die Wanderarbeiter jederzeit ihr Bündel schmüren können, sind die Ziegeleibesitzer gezwungen, deren Ansprüche bis zu einem gewissen Maße Rechnung zu tragen. Das paßt den Herren natürlich schon lange nicht. Sie möchten gern geknebelte Lohnslaven, mit denen sie nach Willkür umspringen können. Diesem Mangel soll nun durch die Arbeiterwohnhäuser abgeholfen werden. Hat man die Arbeiter erst in diese Fallen hineingelockt, dann können die Herren Schindluder mit ihnen treiben, denn sobald sie mit ihrer Familie im Betriebe angeschlossen sind, ist es mit der Freizügigkeit vorbei, sie sind samt der Familie betriebsabhängig geworden. Wollen sich die Arbeiter dieser Hörigkeit nicht unterwerfen, so erwacht ihnen die Aufgabe, alle Wohnangebote zurückzuweisen oder langfristige Mietverträge abzuschließen, die an den Arbeitsvertrag nicht gebunden sind.

Aus dem hannoverschen Ziegeleigebiet.

Eines der traurigsten Kapitel im Leben der Ziegeleiarbeiter ist ihre Ausbeutung durch so manchen gewissenlosen Ziegeleimeister. Wir meinen hiermit aber nicht diejenige Ausbeutung, unter der die Ziegeleiarbeiter zu leiden haben, wenn der Meister Alfordant, also Zwischenunternehmer ist, sondern die Ausbeutung, der die Arbeiter durch das Kaninchenwesen in den Ziegeleien unterworfen sind. Die Kaninchen befinden sich überall im Besitze des Meisters, und wenn er ersonnenweise auch nicht alle Meister diese Einrichtungen zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzen, so gibt es leider aber auch eine ganze Anzahl, die bei dem Warenverkauf die Abhängigkeit der Arbeiter in der schamlosesten Weise ausnützen. Auch durch die §§ 115 und 118 der W.-G.-O. sind die Arbeiter hiergegen nur ungenügend geschützt. So mancher Ziegeleimeister findet schon Mittel und Wege, um die Gesetzesbestimmungen zu umgehen.

Vor allem ist es die in den Ziegeleien übliche Form der Lohnzahlung, die die Arbeiter den Kaninchenhabern tributpflichtig macht. Wie die Arbeiter hierdurch in ihrer Bewegungsfreiheit geknebelt und geradezu gezwungen werden, ihren Lebensunterhalt in der Ziegelei-Lantine zu laufen, dafür möchten wir für heute einen Fall aus der nächsten Nähe Hannovers anführen. Auf der Ziegelei der Firma Bartling u. Brothagen in Harenbökfel bei Hannover wohnt ein Meister Noltenmeyer als Alfordant und Kanincheninhaber seines Amtes. Die Arbeiter sind hier mit der Bedingung eingestellt worden, daß alle 14 Tage Lohnzahlung sein soll. Mit der Einhaltung dieser Bedingung scheint es der Meister nicht allzugenau zu nehmen. Schon mehr als einmal wurden die Arbeiter am Lohnzahlungstage auf den folgenden Tag oder auf noch später vertrieben. So auch am Pfingstsonnabend. Am Nachmittag wurden die Arbeiter auf den Abend verwiesen; als am Abend immer noch keine Lohnzahlung stattfand, ging ein Trupp polnischer Arbeiter zu dem Meister, um ihren Lohn zu verlangen. Da kamen sie aber schon an. Der Meister spielte den Entzückten und drohte den Arbeitern, wenn sie nicht machten, daß sie fortläßen, dann würde er die Hunde auf sie hegen. Herr Noltenmeyer verfügt nämlich auch über zirla ein halbes Duzend bissiger Räter. Bei dem „vorzüglichen“ Essen, das die Arbeiter auch auf dieser Ziegelei bekommen, bleibt jedenfalls Hundesputer genug übrig. Die Arbeiter zogen denn auch unbedrängte Sache wieder ab, und einen Schmier, der erklärte, wenn er gearbeitet habe, dann wolle er auch sein Geld haben, wurde sofort gelündigt, und als er erklärte, daß er auch gegen die fortgesetzte Entlassung nichts einzuwenden habe, sofort entlassen.

Am ersten Pfingsttage, so gegen Mittag, wurde dann die Lohnzahlung borgenommen. Dadurch war den Arbeitern aber nun die Möglichkeit genommen, ihre Einkäufe in Hannover zu machen; sie waren damit auf die Kantine angewiesen. Wahrscheinlich um die Arbeiter wieder zu verführen und sich bei denen, die bekanntlich nicht alle werden, wieder als den „wohlwollenden, fürsorglichen“ Meister in empfehlende Erinnerung zu bringen, wurde dann ein Haß Bier gratis ausgelegt. 14 Tage später, am 8. Juni, als wieder Lohnzahlung hätte sein müssen, gab es wieder kein Geld, was zur Folge hatte, daß die Arbeiter wiederum in der Kantine aufschreiben lassen mußten. Die Eintragung der von den Arbeitern auf Kredit entnommenen Waren in das Kontobuch der Arbeiter geschieht auch in einer recht eigenartigen und unübersichtlichen Weise. Da wird nicht etwa die Art und das Quantum der entnommenen Waren mit eingetragen, sondern nur der Preis hineingeschrieben, und so immer eine Paßl an die andere gereiht. Und zwischen diesem Zahlengewirr sollen sich dann die Polen und ausländischen Arbeiter, von denen eine ganze Anzahl des Rechnens und Schreibens mitandert, durchfinden. Es ist das Geheimnis des Herrn Noltenmeyers, warum er gerade diese Form der Eintragung beliebt.

Besonderer „Annehmlichkeiten“ erfreuen sich die jüngeren Arbeiter, die die Wägen von der Presse nach den Schuppen und wieder zurück zu schieben haben. Diese Arbeiter sind bei ihrer Arbeit meistens barfuß, und ein paar Hunde des Meisters machen sich ein besonderes Vergnügen daraus, wenn die Arbeiter die Wägen schieben, hinter den erleren herzulaufen und fortwährend nach ihren Füßen zu schnappen, so daß diese, wenn sie nicht gebissen werden wollen, immer noch schneller laufen müssen. Diese Arbeiter sind im Lohn beschäftigt, der ziemlich niedrig ist, während die Arbeiter an der Presse und im Schuppen beim Wägen im Alford arbeiten. Die Alfordarbeiter treiben nun zu schneller Arbeit an, und schließlich treten auch noch die Hunde als Antrieber in Aktion. Ob die Hunde hierbei aus eigenem Antrieb handeln oder ob ihr Benehmen auf „höhere Anweisung“ zurückzuführen ist, darüber können wir uns kein Urteil erlauben. Von einer weiteren Schilderung der „Schönheiten“ am Dorado des Herrn Noltenmeyer soll für heute Abstand genommen werden. Nur eins sei noch erwähnt. Es ist nach dem bisher Angeführten ganz selbstverständlich, daß Herr Noltenmeyer mit Argusaugen darüber wacht, daß die seiner Aufsicht unterstellten Arbeiter von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung unberührt bleiben. Flugblattverbreiter, die sich in die Kaserne hineinwagen, werden vom Meister sofort wieder hinausgewiesen. Ja selbst wenn jemand auf öffentlicher Straße mit den Arbeitern einige Worte wechselt, erdreißelt sich der Meister den Betreffenden deshalb zur Rede zu stellen, wie dies erst vor kurzer Zeit der Fall gewesen ist. Kurzum, das Auftreten des Meisters Fremden gegenüber ist geradezu anmaßend und provozierend.

Um die Arbeiter vor dem Einflusse fremder Personen zu schützen, damit die unbeschränkte Herrschaft über dieselben keine Einbuße erleidet, spielt der Meister dann bei solchen Anlässen den Freigeigigen und lader schnell alle Arbeiter zum Glase Bier ein. Bei der Abhängigkeit der Arbeiter ist ein solcher Wunsch für die Befehl, dem unbedingt Folge geleistet werden muß. Besonders traurig aber ist, daß sich aus den eigenen Reihen der Arbeiter noch Personen finden, die aus lauter Liebedienerei den Meister bei diesem Treiben noch unterstützen. Diese Arbeiter, von denen einige aus dem Sippigen und Heffischen stammen, heißen also selbst die Rute binden, mit der sie und ihre andern Arbeitsbrüder geschüttelt werden. Traurig, aber leider wahr! Diese Arbeiter sollten lieber darauf achten, daß in der Kantine schmähliche Würstchen und wurmfreier Speck verkauft werden; das wäre zweckmäßiger und würde dem Wohle der Arbeiter dienlicher sein. So bedauerlich es nun im Interesse dieser armen Arbeiter ist, daß sie auf ihrer Arbeitsstelle unter so vielen Unannehmlichkeiten zu leiden haben und ihnen ihre persönliche Freiheit so außerordentlich beschränkt wird, das eine Gute hat aber das Verhalten des Meisters, daß dadurch viele Arbeiter mit ihrer Lage unzufrieden werden und — der eine früher, der andre später — den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation finden werden. Wenn auch jetzt noch mancher Arbeiter infolge seiner Unwissenheit und infolge seiner Unkenntnis der wirtschaftlichen Machtverhältnisse den Weg zum Fabrikarbeiterverbande noch nicht gefunden hat, Herr Noltenmeyer sorgt durch sein Verhalten, mit dafür, daß in absehbarer Zeit mancher Ziegeleiarbeiter der Firma Bartling u. Brothagen in der Arme der organisierten Arbeiter mitmarschieren wird. Und je früher sich nicht nur diese, sondern alle Ziegeleiarbeiter dem Verbanne der Fabrikarbeiter Deutschlands anschließen, um so besser für ihr leibliches und geistiges Wohl, um so eher haben sie dann die Möglichkeit, dem Uebermut und der Anmaßung bestimmter Ziegeleimeister erfolgreich entgegenzutreten.

Halbe. Die „Vortrefflichkeit“ der kapitalistischen Weltordnung zeigt sich wieder einmal bei den Vereinigten Dampfziegeleien- und Zementfabrik in Halbe. Diese stellt auf ihren sechs größeren Ziegeleien die Arbeiter zum 15. Juni ein. Den Arbeitern, etwa 500, ist zum genannten Tage gekündigt worden. Begründet wird die Einstellung des Betriebes durch die ungünstige Lage auf dem Berliner Baunarkt. Die genannte Halber Arbeitergesellschaft stellte im vorigen Jahre aus Mangel an Mitteln um dieselbe Zeit den Betrieb ein. Wie verlautet, wird in Kürze eine Reihe von Ziegeleien in der Umgegend von Berlin den Betrieb einstellen. Nur gut fundierten Ziegeleien wird es möglich sein, den Sommer über durchzuarbeiten. Hunderte und Tausende von Arbeitern fliegen aufs Pflaster. Hunger und Elend halten ihren Einzug in die Familien. Aber wer eine Aenderung solcher Zustände anstrebt, ist ein Umstürzler!

Memminger. Wie notwendig es ist, daß die Ziegeleiarbeiter sich organisieren, um sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, zeigen uns die Zustände der Dampfziegelei Tabenbüttel. Die Arbeitszeit währt hier von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr, also nach Abzug der Pausen 12 Stunden. Der Lohn ist nach Monaten veränderbar, und zwar monatlich 64 M. und freies Logis. Sehen wir die Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und den Lohn auf 16 M. pro Woche, so macht das bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 72 Stunden einen Stundenlohn von 22 1/2 Pf. Daß bei einem solchen Stundenlohn der Goldregen der Ziegeleiarbeiter reichlich niedergeht, ist wohl selbstverständlich. Die Ziegeleiarbeiter müßten aber Schlämmlinge sein, wollten sie sich noch länger in Demut als Ausbeutungsobjekte behandeln lassen. — Für das Essen werden pro Woche 5 M. in Abzug gebracht, so daß bei einem Wochenlohn von 16 M. noch 11 M. übrig bleiben, wovon dann noch die übrigen Lebensmittel gekauft werden müssen, so daß für den Unterhalt der Familie recht wenig aufgewandt werden kann, zumal auch noch eine Ration bis zum Ende der Kampagne einbehalten wird. Sollen diese Zustände geändert werden, wollen die Ziegeleiarbeiter nicht für alle Zeiten Lohnslaven bleiben, so kann es nur einen Weg für sie geben: den Weg zur Organisation.